

Substanzielles Protokoll 54. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 17. Juni 2015, 17.00 Uhr bis 21.01 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 120 Mitglieder

Abwesend: Nina Fehr Düsel (SVP), Thomas Kleger (FDP), Derek Richter (SVP), Thomas Schwendener (SVP), Karin Weyermann (CVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2015/166 | * Weisung vom 03.06.2015:
Dringliche Motion der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke, Bericht und Abschreibung | VTE |
| 3. | 2015/179 | * Weisung vom 10.06.2015:
Immobilien Stadt Zürich, Neubau der Schulanlage Freilager, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion | VHB
VSS |
| 4. | 2015/137 | * Postulat von Min Li Marti (SP), Samuel Dubno (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 20.05.2015:
Polizeimeldungen und Kommunikation der Stadtpolizei, Verzicht auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern sowie von Opfern | PV |
| 5. | 2015/170 | * Postulat von Simon Diggelmann (SP), Matthias Probst (Grüne) und 24 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:
Errichtung von automatischen Velo-Zählstellen mit Visualisierung des Verkehrsaufkommens an ausgewählten Standorten | VTE |
| 6. | 2015/171 | * Postulat von Marcel Savarioud (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:
Einrichtung einer weiteren Kindertagesstätte für das städtische Gesundheitspersonal der Alters- und Pflegezentren und des Stadtsitals Waid | VGU |

- | | | | |
|-----|----------------------------------|---|-----|
| 7. | 2015/172 *
E | Postulat von Markus Baumann (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 03.06.2015:
Engere Zusammenarbeit der Sozialen Dienste und der Regionalen Arbeitsvermittlung des Kantons Zürich (RAV) zur Verbesserung der Situation der Arbeitssuchenden ab 50 Jahren | VS |
| 8. | 2015/173 *
** | Interpellation der Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 03.06.2015:
Missbräuchliche Mietverhältnisse bei Sozialhilfebeziehenden und Working Poor, Situation bezüglich der Versorgung der Armutsbetroffenen mit zumutbarem Wohnraum sowie Massnahmen zur Verhinderung von missbräuchlichen Mietverhältnissen und zur Unterstützung der betroffenen Personen | VS |
| 9. | 2015/167 | Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05062), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 10. | 2015/168 | Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05065), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 11. | 2015/169 | Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05064), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich | |
| 12. | 2015/88 | Weisung vom 25.03.2015:
Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2014 | VS |
| 13. | 2015/66 | Weisung vom 11.03.2015:
Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung | FV |
| 14. | 2015/1 | Weisung vom 07.01.2015:
Motion von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen, Bericht und Abschreibung | STP |
| 15. | 2015/39 | Weisung vom 04.02.2015:
Postulat der Spezialkommission PRD/SSD betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurbungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen», Bericht und Abschreibung | STP |

16. [2015/13](#) E/A Postulat von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) FV
vom 14.01.2015:
Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrads für Angestellte mit Betreuungspflichten, Änderung des Personalrechts (PR)
17. [2015/142](#) E/A Postulat der Grüne-Fraktion vom 20.05.2015: FV
Städtische Mitarbeitende mit Betreuungspflichten, Ermöglichung von längeren unbezahlten Urlauben

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1042. 2015/191 Erklärung der Grüne-Fraktion vom 17.06.2015: Velo-Initiative und Gegenvorschlag, Abstimmungsergebnis und weitere Massnahmen

Namens der Grüne-Fraktion verliest Matthias Probst (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Veloförderung konkret

Das Zürcher Stimmvolk hat sich am 14. Juni 2015 klar für die Förderung des Veloverkehrs ausgesprochen. Die Jungen Grünen und Grünen fordern jetzt konkrete Massnahmen.

Seit Jahren spricht der Zürcher Stadtrat zwar von Veloförderung, trotzdem ist das Velonetz bis heute ein unbefriedigendes Flickwerk geblieben. An der Urne hat die Stadtbevölkerung gezeigt, dass sie klar mehr Veloförderung will. Es muss sich jetzt konkret einiges bewegen in der Zürcher Verkehrspolitik. Junge Grüne und Grüne fordern deshalb:

1) Das Velo muss in der Planung eine höhere Priorität bekommen

Bisher sind Velospuren hauptsächlich dort eingezeichnet worden, wo genügend Platz vorhanden war – das reicht nicht. Der Verkehrsraum muss neu gedacht werden. Das Velo ist ein Transport- und Freizeitverkehrsmittel, mit welchem man von A nach B fahren können muss, ohne Schikanen, ohne gefährliche Stellen und ohne fehlende Abschnitte. Dazu müssen die Verkehrsplanerinnen und -planer freie Hand bekommen, um den vorhandenen Raum neu zu verteilen.

2) Velowege sind wichtiger als Parkplätze

Velorouten, die wegen Parkplätzen links und rechts der Strasse unterbrochen werden, darf es in Zukunft nicht mehr geben. Velorouten genügen nur, wenn sie eine Mindestbreite aufweisen und genügend Abstand zu fahrenden und stehenden Autos sowie zu allen anderen Verkehrsteilnehmenden haben. Der öffentliche Raum muss deshalb für prioritäre öffentliche Anliegen wie den Veloverkehr genutzt werden, statt privaten Autoabstellplatzbedürfnissen zur Verfügung zu stehen.

3) Velorouten aus dem Masterplan Velo müssen jetzt geplant und gebaut werden

Die Stadtbevölkerung hat mit der Abstimmung zur Veloinitiative auch eine Frist von 20 Jahren gesetzt, um ein sicheres und alltagstaugliches Veloroutennetz fertig zu bauen. Die Zukunft hat aber mit dem 14. Juni begonnen und deshalb muss jetzt auch mit der Planung und Realisierung begonnen werden

4) Velofahren attraktiv für alle

Geübte Velofahrende sind schon längst unterwegs. Es würden jedoch bedeutend mehr Menschen gerne in Zürich Velo fahren, wenn nur die Verkehrssituation für Velofahrende besser wäre. So ist es z.B. unverständlich, wieso bei Schulwegen nicht automatisch auch auf die Sicherheit für einen

kinderfreundlichen Veloverkehr geachtet wird und warum auf Pausenplätzen Autos der Lehrerschaft parkiert sein dürfen, aber für Kinder mit Velo häufig Fahrverbot gilt.

Junge Grüne und Grüne werden die Umsetzung des Volkswillens im Bereich Veloverkehr laufend kritisch überprüfen und wo nötig unterstützen.

Persönliche Erklärung:

Marc Bourgeois (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Fraktionserklärung der Grüne-Fraktion zur Velo-Initiative und dem Gegenvorschlag.

G e s c h ä f t e

1043. 2015/166

Weisung vom 03.06.2015:

Dringliche Motion der SP-, Grüne-, AL-Fraktion und 4 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Velowegs über die Hardbrücke, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 15. Juni 2015

1044. 2015/179

Weisung vom 10.06.2015:

Immobilien Stadt Zürich, Neubau der Schulanlage Freilager, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit, Abschreibung einer Motion

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 15. Juni 2015

1045. 2015/137

Postulat von Min Li Marti (SP), Samuel Dubno (GLP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 20.05.2015:

Polizeimeldungen und Kommunikation der Stadtpolizei, Verzicht auf die Angabe der Nationalität von Täterinnen und Tätern sowie von Opfern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1046. 2015/170

Postulat von Simon Diggelmann (SP), Matthias Probst (Grüne) und 24 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:

Errichtung von automatischen Velo-Zählstellen mit Visualisierung des Verkehrsaufkommens an ausgewählten Standorten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Hungerbühler (CVP) stellt namens der CVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1047. 2015/171

Postulat von Marcel Savarioud (SP), Karin Weyermann (CVP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:

Einrichtung einer weiteren Kindertagesstätte für das städtische Gesundheitspersonal der Alters- und Pflegezentren und des Stadtsitals Waid

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mauro Tuena (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

1048. 2015/172

**Postulat von Markus Baumann (GLP) und Shaibal Roy (GLP) vom 03.06.2015:
Engere Zusammenarbeit der Sozialen Dienste und der Regionalen Arbeitsvermittlung des Kantons Zürich (RAV) zur Verbesserung der Situation der Arbeitssuchenden ab 50 Jahren**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1049. 2015/173

**Interpellation der Grüne-, GLP- und AL-Fraktion vom 03.06.2015:
Missbräuchliche Mietverhältnisse bei Sozialhilfebeziehenden und Working Poor,
Situation bezüglich der Versorgung der Armutsbetroffenen mit zumutbarem
Wohnraum sowie Massnahmen zur Verhinderung von missbräuchlichen Mietver-
hältnissen und zur Unterstützung der betroffenen Personen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 10. Juni 2015 (vergleiche Beschluss-Nr. 1017/2015)

Die Dringlicherklärung wird von 96 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

1050. 2015/167

(Weisung 2014/236 vom 09.07.2014)

**Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen,
Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014
(R1S.2015.05062), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich**

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 19.11.2014 (GRB Nr. 527) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2015.05062) vom 02.06.2015 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 02.07.2015, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 22.05.2015
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2015.05062) vom 02.06.2015

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2015/167, 2015/168 und 2015/169.

Referent zur Vorstellung der Vorlage / Kommissionsreferent:

Matthias Wiesmann (GLP): *Es geht um den privaten Gestaltungsplan Dolder und die Rekurse gegen den Beschluss des Gemeinderats. Gegen den Beschluss des Gemeinderats betreffend des privaten Gestaltungsplan Dolder Waldhaus in Zürich Hottingen wurden fristgerecht drei voneinander unabhängige Rekurse eingereicht. Das kantonale Baurekursgericht hat dem Gemeinderat eine Frist bis zum 2. Juli 2015 gesetzt. Der Gemeinderat muss beim Baurekursgericht eine Vernehmlassung einreichen. Aufgrund einer möglichen privaten Einigung beantragten alle Rekurrenten eine Sistierung des Verfahrens. Das Baurekursgericht hiess die Anträge gut. Für den Fall, dass eine private Einigung nicht zustande kommen sollte und die Verfahren wieder aufgenommen würden, soll die Vernehmlassung angesichts der knappen Fristen vorsorglich an den Stadtrat delegiert werden. Das Büro beantragt einstimmig, auf eine eigene Vernehmlassung zu verzichten und diese an den Stadtrat zu delegieren.*

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Zustimmung: Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; 2. Vizepräsident Peter Küng (SP), Martin Abele (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Mauro Tuena (SVP)

Abwesend: 1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Mitteilung an den Stadtrat

1051. 2015/168

(Weisung 2014/236 vom 09.07.2014)

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05065), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 19.11.2014 (GRB Nr. 527) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2015.05065) vom 02.06.2015 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 02.07.2015, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 26.05.2015
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2015.05065) vom 02.06.2015

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2015/167, Beschluss-Nr. 1050/2015.

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von

Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Zustimmung: Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; 2. Vizepräsident Peter Küng (SP), Martin Abele (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Mauro Tuena (SVP)

Abwesend: 1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidien und an die SK HBD/SE.

Mitteilung an den Stadtrat

1052. 2015/169

(Weisung 2014/236 vom 09.07.2014)

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Dolder Waldhaus, Zürich-Hottingen, Rekurs gegen den Beschluss des Gemeinderats vom 19.11.2014 (R1S.2015.05064), Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich

Gegen den Entscheid des Gemeinderats der Stadt Zürich vom 19.11.2014 (GRB Nr. 527) wurde beim Baurekursgericht des Kantons Zürich ein Rekurs eingereicht. Mit der Präsidialverfügung (R1S.2015.05064) vom 02.06.2015 setzt das Baurekursgericht des Kantons Zürich dem Gemeinderat Zürich eine Frist bis zum 02.07.2015, um zuhanden des Baurekursgerichts eine Vernehmlassung einzureichen.

Den Mitgliedern des Büros des Gemeinderats, dem Präsidium der SK HBD/SE sowie den Fraktionspräsidien sind folgende Unterlagen zugestellt worden:

- Rekurschrift vom 26.05.2015
- Präsidialverfügung des Baurekursgerichts des Kantons Zürich (R1S.2015.05064) vom 02.06.2015

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2015/167, Beschluss-Nr. 1050/2015.

Das Büro beantragt dem Gemeinderat:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsi-

dien und an die SK HBD/SE.

Zustimmung: Präsident Matthias Wiesmann (GLP), Referent; 2. Vizepräsident Peter Küng (SP), Martin Abele (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Martin Bürki (FDP), Simon Diggelmann (SP), Markus Hungerbühler (CVP), Albert Leiser (FDP), Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Jonas Steiner (SP), Mauro Tuena (SVP)

Abwesend: 1. Vizepräsident Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 114 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Auf eine Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich durch den Gemeinderat wird verzichtet (Art. 51 Abs. 5 GO). Der Stadtrat oder nach Massgabe von Art. 28 der Geschäftsordnung des Stadtrats der Vorsteher des Hochbaudepartements wird eingeladen, die Vernehmlassung an das Baurekursgericht des Kantons Zürich einzureichen, unter Mitteilung der Vernehmlassungsschrift an das Büro, die Fraktionspräsidenten und an die SK HBD/SE.

Mitteilung an den Stadtrat

1053. 2015/88

Weisung vom 25.03.2015:

Asyl-Organisation Zürich, Genehmigung des Geschäftsberichts 2014

Antrag des Stadtrats

Der Geschäftsbericht 2014 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Geschäftsbericht AOZ:

Maleica Landolt (GLP): *Der Stadtrat beantragt, dass der Geschäftsbericht 2014 der Asylorganisation Zürich (AOZ) genehmigt wird. Gemäss der vom Gemeinderat erlassenen Verordnung vom 2. März 2005 über die Asylorganisation Zürich verabschiedet der Stadtrat den Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung zuhanden des Gemeinderats. Der Gemeinderat ist zuständig, den jeweiligen Geschäftsbericht, die Jahresrechnung und die allfälligen Verwendungen der Gewinne zu genehmigen. Die AOZ ist eine selbstständige, öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt. Sie ist konfessionell und politisch neutral. Die AOZ erbringt unter anderem folgende Leistungen im Bereich Migration und Asyl: Sie nimmt alle Aufgaben im Asylbereich wahr, zu denen die Stadt aufgrund übergeordneter Gesetze und Verordnungen verpflichtet ist. Sie leistet Sozialhilfe und betreut anerkannte Flüchtlinge. Sie erstellt kostendeckende Dienstleistungen, die auf Leistungsvereinbarungen basieren für den Kanton, andere Gemeinden und Dritte. Schliesslich erbringt sie Dienstleistungen für besondere städtische Integrationsbedürfnisse im Auftrag des Stadtrats. 2014 standen die Aufträge des Bundesamts für Migration (BFM) im Vordergrund, nämlich die Betreuung in den Empfangszentren Altstetten, Kreuzlingen und Flughafen Zürich. Die Betriebe konnten dank des grossen Engagements der Mitarbeitenden der AOZ übernommen werden. Seit Januar 2014 steht der Testbetrieb des BFM zur Neuausrichtung des Asylwesens im Zentrum. Die AOZ ist für die Unterbringung von 300 dem Testverfahren zugewiesenen Asylsuchenden zuständig. Sie stellt die Versorgung und den Schulunterricht für die Kinder sicher und kümmert sich um Beschäftigungs- und Freizeitangebote. Nach anfänglichen Anpassungen und Veränderungen hat*

sich der Testbetrieb mittlerweile eingespielt. Die Zusammenarbeit mit dem BFM funktioniert gut. Speziell im Bericht erwähnt wird die berufliche und soziale Integration. Ziel ist es, dass die Personen die Sprache in angemessener Zeit lernen und wirtschaftlich selbstständig werden können. Oftmals wird der Fokus nur auf die Wahl des richtigen Sprachkurses oder auf die bestimmten Qualifizierungsprogramme gelegt. Dabei zeigt die Erfahrung, dass neben Kursen und konkreten Programmen auch der ganze Integrationsprozess mit den verschiedenen Phasen beachtet werden muss und wichtig ist. Deshalb haben in diesem Zusammenhang die AOZ-Fachleute aus den Bereichen Sozialberatung und Arbeitsintegration mit Unterstützung der Hochschule für Soziale Arbeit ein Fallführungsmodell erarbeitet, das konkret aufzeigt, wie ein Integrationsprozess mit den verschiedenen Phasen ablaufen sollte und wie dieser individualisiert auf die Personen angepasst werden soll. Zentral ist in diesen verschiedenen Phasen der Zeitpunkt, an dem die spezifischen, individuellen, fallbezogenen Ressourcen einbezogen werden, wie beispielsweise bereits vorhandene Bildung oder Berufsabschlüsse. Wichtig ist, dass abgeklärt wird, wie viel Verantwortung die Flüchtlinge selbst tragen können und sollen und wie interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen der Fallführung und den jeweiligen Integrationsangeboten verbessert werden kann. Bei der Erarbeitung des Modells wurden Fachleute aus Norwegen, Schweden und Dänemark miteinbezogen. Diese haben sich mit diesen Prozessen bereits auseinandergesetzt. Dadurch kann ein idealer Vorgehensweg aufgezeigt werden, durch den Flüchtlinge optimal in die berufliche und soziale Situation eingefügt werden können.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Asylorganisation Zürich umfasst insgesamt vier Angebotsgruppen. Einige sind sinnvoll, so zum Beispiel diejenigen, die auf Bildung und Arbeitsintegration, Sozialhilfebetreuung und Unterbringung zielen. Bei anderen Bereichen ist es fraglich, ob sie zu den zentralen städtischen Aufgaben gehören. Dazu gehört die Förderung der sozialen Integration, so zum Beispiel der psychosoziale Dienst oder die Bereiche, in denen es um Wissensvermittlung und Consulting geht. Diese Themenbereiche können stark aufgebauscht werden. Wenn man die Förderung der sozialen Integration anschaut, muss man sich fragen, ob es sinnvoll ist, wenn die Asylanten in 13 Sprachen über die Zürcher Kultur und das Freizeitangebot informiert werden. Wenn die Menschen zum Lernen von Deutsch motiviert werden sollen, müsste man diesbezüglich zurückhaltender sein. Es sollen verschiedene Sichtweisen verständlich gemacht werden. Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen sind manchmal damit überfordert und können ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden. In solchen Fällen soll der psychosoziale Dienst einspringen. Die Departemente sollen ihren eigenen Aufgaben nachkommen und die AOZ nicht um Hilfe ersuchen. Bei der Wissensvermittlung und dem Consulting geht es auch um die Förderung transkultureller Kompetenz. Was bedeutet dies? Es handelt sich um ein Fass ohne Boden und gehört nicht zur Kernaufgabe der AOZ. Auf Anfrage berät die AOZ Behörden. Dies ist kostendeckend und wird nicht quersubventioniert. Diese Beratungstätigkeit ist sinnvoll.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Rechnung AOZ:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die AOZ wichtige und notwendige Arbeit leistet.

Martin Bürlimann (SVP): Die Bilanzsumme der AOZ stieg in den letzten Jahren stark. Das Fremd- und Eigenkapital stieg ebenfalls stark. In der Erfolgsrechnung wird ersichtlich, dass sowohl Personalaufwand als auch Löhne gestiegen sind. Das Verbrauchsmaterial hat sich mehr als verdoppelt, bei den Dienstleistungen Dritter sind die Ausgaben

ebenfalls gestiegen. Der Gesamtaufwand ist somit von 128 auf 144 Millionen Franken gestiegen ist. Das Entgelt des Kantons und vom Bund sind ebenfalls gestiegen.

Weitere Wortmeldungen:

Corinne Schäfli (AL): Wir werden uns zum Geschäftsbericht enthalten. Die AOZ leistet wichtige Arbeit, wir kritisieren jedoch die Geschäftspolitik der AOZ grundlegend. Wir sind der Ansicht, dass die Aufnahme von Flüchtlingen etwas ist, bei dem der Staat dafür zu sorgen hat, dass sie auf menschenwürdige Art stattfindet. Aus dem Asylwesen wird eine Industrie gemacht, dies spiegelt sich auch in den Praktiken der AOZ wider. Die Auslieferung der AOZ an die Bedingungen des Wettbewerbs erschwert ihre Aufgaben. Dieser Umstand hat sich stark auf den Geschäftsbericht der AOZ ausgewirkt, der nun als eine Art Werbebroschüre wirkt. Die Asylzentren erscheinen als Wohlfühlstätten der Integration, Bildung und des friedlichen Miteinanders. Wir finden, dass die AOZ zu weit geht und der Bericht keine nüchterne Darstellung präsentiert. Der Bericht verschweigt vieles. Ausgangskontrollen, die Platz- und Isolationsproblematik, die Kasernierung, die problematische Situation der Mitarbeitenden werden nicht erwähnt. Es werden nur Probleme thematisiert, die von Flüchtlingen gemacht und von den Strukturen der AOZ gelöst werden. Die Strukturen der AOZ werden nicht reflektiert. Es wäre wünschenswert, dass die Öffentlichkeit aus erster Hand informiert werden kann, besonders wenn Pläne zum Duttwyler-Zentrum geschmiedet werden. Wir brauchen eine AOZ, die ihr eigenes Vorgehen reflektiert.

Samuel Balsiger (SVP): Aus linker Sicht ist es logisch, dass ein Asylzentrum mitten in ein aufstrebendes Quartier gestellt werden soll. So wird ein neues Problem geschaffen und es können viele Wirtschaftsflüchtlinge verwaltet werden. Ich möchte einige Zahlen des Bundesamts für Migration nennen. 2013 lag die Anerkennungsquote bei 15,4 %, 2012 lag sie bei 11,7 %. Betrachtet man die Durchschnittswerte der Anerkennungsquoten der letzten 14 Jahre, dann stellt man fest, dass 13,86 % der Flüchtlinge als solche anerkannt und identifiziert wurden. Knapp 260 000 Personen stellten in dieser Zeit einen Antrag. Der Asylmissbrauch und die illegale Einwanderung müssen also gigantisch sein. Nach Schätzungen des Schweizerischen Roten Kreuzes leben in der Schweiz bis zu 300 000 Sans Papiers. Das Asylchaos zeigt sich auch in der Rechnung der AOZ. Der Aufwand ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2012 stieg der Aufwand um 37 Millionen Franken. Bleibt diese Steigerung des Aufwands konstant, wird sich der Aufwand der AOZ in den nächsten neun Jahren verdoppeln. Die Asylindustrie scheint eine Goldgrube zu sein. Das neue Vorzeigeprojekt ist das Duttwyler-Zentrum mitten in der Stadt, das von der AOZ betreut werden soll. Die Asylentscheide sollen schneller gefällt werden. Dies macht uns stutzig. Die linke Regierung in Österreich hat einen Asylstopp bekannt gegeben. Die schnelle Bearbeitung von Gesuchen macht das Land attraktiver für die unrechtmässige Einwanderung. Erst müssen die Dublin-Fälle bearbeitet werden, so dass Asylanten, die bereits in einem anderen Land einen Asylantrag stellten, konsequent an dieses Land zurückgewiesen werden. Würde das Asylwesen in Ordnung gebracht, könnte der Aufwand der AOZ massiv gesenkt werden. Parlamentarisch werden sich vermutlich keine Reformen durchsetzen lassen. Die letzte Hoffnung liegt beim Schweizer Volk.

Mauro Tuena (SVP): Irgendwann werden uns die zuständigen Politiker erklären müssen, wie die AOZ zu den Aufgaben kam, die sie beim neu geplanten Bundesasylzentrum wahrnehmen soll. Sogar der Tages Anzeiger schilderte, dass Klärungsbedarf besteht. Weder an der Pressekonferenz, noch hinterher wurde etwas erklärt. Der Verdacht, dass das Bundesasylzentrum in dieser Stadt gewünscht wird, um die AOZ beschäftigen zu können, liegt auf der Hand. Die Ausgaben der AOZ sind nicht grundlos gestiegen. Wenn das Zentrum kommt, wird der Aufwand der Asylorganisation erneut

steigen. Es ist offen, was die AOZ ausserhalb der Stadt tun soll. Die Stadt will mit diesen Betreuungsaufträgen in die Asylpolitik eingreifen und will nicht, dass Private zeigen, dass sie diesem Betreuungsauftrag genauso gewachsen sein können. Ich erinnere mich an die Diskussion unter Regierungsrätin Rita Furrer, bei der einer anderen Organisation der Vorzug gegeben wurde, weil es nicht Aufgabe der AOZ sei, Politik zu machen. Der zuständige Direktor der AOZ mischt sich sehr stark in die Politik ein. Er hat einen Betreuungsauftrag zu erfüllen. Er sollte mit Interviews und Talkshow-Auftritten aufhören.

Michael Schmid (FDP): Die Voten der SVP und AL setzen sich mit übergeordnetem Recht auseinander. Die SVP hat ein Asylgesetz mitgestaltet, das im Referendum eine klare Mehrheit fand. Wenn die Auftragsvergabe des Bundes oder Kantons an die AOZ kritisiert wird, dann handelt es sich um eine Kritik, die im Kanton oder Bund geäussert werden sollte. Die AOZ hat sich um Aufträge beworben, wurde in Submissionsverfahren berücksichtigt. Die Verantwortung für die Vergabe trägt die zuständige Vergabestelle in Bund oder Kanton. Ich möchte Sie auf Seite 33 des Geschäftsberichts verweisen. Es wurde eine neue Gliederung der Kennzahlen notwendig. Früher wurden Nettobeträge ausgewiesen, heute werden Bruttobeträge ausgewiesen. Dies relativiert die Veränderungen.

Dorothea Frei (SP): Die AOZ hat sich stark professionalisiert und wurde zu einer führenden Organisation. Ich verstehe nicht, wie man dagegen sein kann, dass eine öffentlich-rechtliche Anstalt, die privat organisiert ist, auf dem Markt auftritt und Submissionen annimmt und ihr Wissen anbietet. Die Menschen sind da und müssen betreut werden. Dafür kann die AOZ nicht kritisiert werden.

Stefan Urech (SVP): Ich möchte noch etwas zu diesem geplanten Asylzentrum auf dem Duttwyler-Areal sagen. Ich verstehe nicht, wie dieses Asylzentrum inmitten eines Trendquartiers platziert werden konnte. Es gibt dort zahlreiche Bars und Clubs, teure Wohnungen und mehrere Hotels. Dies wird zu Problemen führen. Man äussert immer wieder, dass zu wenig Platz für günstigen Wohnungsbau besteht. An allerbesten Lage im Kreis 5 wird ein Asylzentrum geplant.

Alan David Sangines (SP): Es war absehbar, dass aus diesem Geschäftsbericht eine Grundsatzdebatte entsteht. Seit dem 2. Weltkrieg befanden sich nie wieder so viele Menschen auf der Flucht wie jetzt. Die Flüchtlingszahlen sind gestiegen. Vor drei Jahren gab es mehr Gesuche als jetzt. Letztes Jahr stieg die Anzahl Asylgesuche europaweit, währenddessen sie in der Schweiz sank. Über 70 % der Asylsuchenden konnten letztes Jahr in der Schweiz bleiben. Die syrischen Flüchtlinge werden nicht als Asylsuchende anerkannt, sie erhalten eine vorläufige Aufnahme. Auch diese Flüchtlinge müssen berücksichtigt werden. Die meisten Personen kommen aus Eritrea. In einem Bericht der UNO wird erklärt, weshalb die Menschen nicht zurückkönnen. Es ist verboten, Eritrea zu verlassen, deshalb bleiben sie bei uns. Am zweithäufigsten kommen Menschen aus Syrien in die Schweiz, die ebenfalls nicht zurück können. Die dritthäufigste Gruppe bilden Personen aus Sri Lanka. Als Asylsuchende nach Sri Lanka zurückgeschafft wurden, wurden sie gefangengenommen und gefoltert. Deshalb schaut man bei Personen aus Sri Lanka jetzt genauer hin. Die Arbeit der AOZ wurde kaum kritisiert. Die einzige Kritik bezog sich auf die Förderung der transkulturellen Kompetenz. Es handelt sich dabei um eine wichtige Konsequenz. Die AOZ leistet gute und wichtige Arbeit.

Samuel Balsiger (SVP): In 13 Jahren wurden lediglich 13,86 % der Flüchtlinge anerkannt. In einem aufwändigen Verfahren werden die Anträge geprüft. Knapp 90 % der Personen haben kein Anrecht auf Asyl. Dies ist ein starker Hinweis darauf, dass es sich um Wirtschaftsflüchtlinge handelt. Syrien befand sich bereits letztes Jahr nicht mehr unter den drei Ländern, aus denen am häufigsten Asylgesuche gestellt werden. Eritrea

ist ein Paradebeispiel dafür, was in der Schweiz im Asylwesen falsch läuft. Jeder, der behauptet, den Militärdienst in Eritrea verweigert zu haben, wird bei uns automatisch ein anerkannter Flüchtling. Seither ist die Anzahl Asylgesuche aus Eritrea explodiert, wohingegen sie in Österreich sehr niedrig blieb. Die Asylströme können durch politische Entscheidungen gelenkt werden.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der GPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der GPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Maleica Landolt (GLP), Referentin; Präsident Michael Schmid (FDP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Urs Helfenstein (SP), Simon Kälin (Grüne), Christine Seidler (SP), Claudia Simon (FDP)
Minderheit:	Vizepräsident Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent
Enthaltung:	Corinne Schäfli (AL)
Abwesend:	Nina Fehr Düsel (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 19 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Geschäftsbericht 2014 der Asyl-Organisation Zürich wird gemäss Art. 6 Ziff. 3 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Juni 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1054. 2015/66

Weisung vom 11.03.2015:

Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung

Antrag des Stadtrats

1. Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2014 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 2 354 592.95 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2014 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 8. Juni 2015

Eintretensdebatte:

Rebekka Wyler (SP) stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2014 vor: Die RPK hat die Rechnung geprüft, die Finanzkontrolle hat die Rechnung formal und rechnerisch angeschaut. Wir haben den Revisionsbericht der Finanzkontrolle erhalten. Wie jedes Jahr verzichten wir darauf, die Kennzahlen der Rechnung zu wiederholen. Die laufende Rechnung für das Jahr 2014 schliesst mit einem Aufwand von 8541,3 Millionen Franken und einem Ertrag von 8485 Millionen Franken, der Aufwandüberschuss beläuft sich auf knapp 57 Millionen Franken. Budgetiert wurde ein Aufwandüberschuss von 233 Millionen Franken. Der Abschluss verbesserte sich gegenüber dem Budget stark. Dies ist auf verschiedene Saldopositionen zurückzuführen. Dazu gehört unter anderem die Teilauflösung der Schwankungsreserven für die Aktien der Flughafen Zürich AG, eine höhere Ablieferung der Buchgewinne der Liegenschaftenverwaltung und die Ablieferung der nicht betriebsnotwendigen Überschüsse der Liegenschaftenverwaltung. Den Aufwand betreffend ist das bessere Resultat auf einen tieferen Personalaufwand, der durch die Nichtbesetzung von Stellen entstand, tiefere Abschreibungen und einen tieferen Sachaufwand zurückzuführen. Der tiefere Sachaufwand lässt sich durch einen Rückgang beim Energiekauf, bei baulichem Unterhalt und bei Dienstleistungen Dritter erklären. Die Steuereinnahmen liegen 8,8 Millionen Franken über dem Budget. Der Steuerertrag erreichte erneut einen Rekordbetrag. Sowohl die Erträge der natürlichen und juristischen Personen lagen über den Erträgen des Vorjahres. Die Nachsteuern waren ebenfalls signifikant hoch. Die Investitionsrechnung betreffend lässt sich sagen, dass die Investitionsausgaben das Budget unterschreiten. Im Vergleich zum Vorjahr wurden mehr Kredite ausgeschöpft. Der Selbstfinanzierungsgrad ist auf 85,2 % gestiegen. Ein Selbstfinanzierungsgrad zwischen 70 und 99 % gilt als vertretbar. Es wurde ein Erfolg von über 300 Millionen Franken erzielt. Dabei wurden Nettoeinlagen von über 300 Millionen Franken in die Ausgleichs- und Erneuerungsreserven getätigt. 65,3 Millionen Franken wurden vom ewz an die Stadtkasse abgeliefert. Die Reserven der Gemeindebetriebe erreichten letztes Jahr einen Stand von 2453,1 Millionen Franken. Die Bilanz betreffend haben das Bilanz- und Verwaltungsvermögen zugenommen. Dies lässt sich auf einen Zuwachs flüssiger Mittel und bei den Anlagen zurückzuführen. Ebenfalls ins Gewicht fiel die Investitionstätigkeit im Hoch- und Tiefbau. Das Fremdkapital hat um rund 200 Millionen Franken zugenommen. Die Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen haben ebenfalls zugenommen. Das Eigenkapital ist zurückgegangen und beträgt nun 667,1 Millionen Franken. Würde die Schuld gegenüber den Pensionskassen berücksichtigt, betrüge das Eigenkapital noch 352,3 Millionen Franken. Ich komme zu den Einzelaspekten der Prüfung durch die RPK. Wir haben zahlreiche Rückfragen gestellt, die von der Verwaltung fristgerecht und ausführlich beantwortet wurden. Es gibt einige Einzelaspekte, die ich erwähnen möchte. Dabei handelt es sich erstens um den Umgang mit Beschlüssen des Gemeinderats und das Einreichen von Zusatzkrediten. Uns ist aufgefallen, dass der Stadtrat nicht allen Gemeinderatsbeschlüssen dieselbe Bedeutung zumisst. Dies betrifft beispielsweise das Zürich Game Festival. Wir haben sehr viele Fragen zur Abrechnung gestellt. Teilweise wurden Beschlüsse des Gemeinderats nicht respektiert. Wir haben beschlossen, dass wir den Stadtrat in die Kommission einladen möchten. Es werden nicht immer Zusatzkredite eingereicht, die nach Ansicht der RPK zwingend notwendig wären. Dies betrifft den Bau von Pavillons in Schulanlagen, wo ohne einen Budgetkredit neue Investitionsprojekte ausgelöst wurden. Als Begründung wurde angeführt, dass der Hersteller der Pavillons zu dem Zeitpunkt gerade freie Kapazitäten hatte. Die RPK fordert, dass der Stadtrat in solchen Fällen mit Zusatzkreditanträgen sicherstellt, dass solche Vorhaben nur nach Budgetfreigabe durch den Gemeinderat gestaltet werden können. Ein weiteres Thema ist die Behandlung der Globalbudgets. Dies wirft für uns viele Fragen auf. Oft sind sie nicht aussagekräftig genug, so dass der Gemeinderat das Globalbudget nicht ausreichend prüfen und steuern kann. Wir würden uns eine vermehrte Unterstützung durch die Spezialkommissionen wünschen. Wir ha-

ben letztes Jahr eine Schulung organisiert für Mitglieder aller Spezialkommissionen mit Globalbudget. Es ist weiterhin so, dass in den Spezialkommissionen kaum Fragen zum Globalbudget gestellt werden. Wir haben die Entwicklung der Gebühreneinnahmen angeschaut. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten sind stark angestiegen, im Unterschied zur Rechnung 2013 um insgesamt 95 Millionen Franken. Wir haben dazu viele Fragen gestellt. Die Erträge sind in vielen Fällen durch eine Steigerung der Nachfrage gestiegen und nicht aufgrund erhöhter Gebühren. Wir werden das Thema selbstverständlich weiterhin beobachten. Wir haben die Entwicklung der flüssigen Mittel in Verbindung mit tiefen, beziehungsweise negativen Zinsen betrachtet. Wir haben festgestellt, dass die Stadt umfangreiche flüssige Mittel hält, die den betrieblich notwendigen Bestand übersteigen. Zum heutigen Zeitpunkt kann man ausschliessen, dass die Gelder mit Negativzinsen belegt werden. Zu den Projektänderungen oder -verzögerungen im Hoch- und Tiefbau lässt sich dasselbe wie letztes Jahr sagen. Viele Projekte sind von Verzögerungen betroffen, eine Erhöhung der Planungsgenauigkeit wäre wünschenswert. Wir hatten bei den kostendeckenden Parkplatzgebühren einen Schwerpunkt. Wir haben diverse Fragen gestellt, die RPK wünscht, dass möglichst flächendeckend kostendeckende Gebühren für die städtischen Parkplätze eingeführt werden. Wir haben den Lärmschutz, verschiedene Lärmschutzmassnahmen und ihre Kosten angeschaut. Wir haben uns darauf geeinigt, dass der Lärmschutz so kostengünstig wie möglich umgesetzt werden soll. Wir haben die Kundenentwicklung im ewz genauer angeschaut. Immer mehr marktberechtigten Kundinnen und Kunden verlassen die Grundversorgung und wechseln in den freien Markt, in dem die Preise markant tiefer liegen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung weiter akzentuiert. Wir haben die Frage aufgeworfen, wie diese Ausfälle bei den Einnahmen künftig kompensiert werden sollen. Im Zusammenhang mit dem ewz war das Breitbandnetz ein Thema. Uns ist nicht klar, wie sich die langfristige Rentabilität des Breitbandnetzes entwickeln wird. Die Transparenz hat sich inzwischen verbessert, wir wünschen uns jedoch griffigere Zahlen zur Beurteilung des Projekts. Es geht nicht in erster Linie um ein Rentabilitätsprojekt, sondern um den Ausbau der Infrastruktur. Nun möchte ich kurz auf den Ausblick eingehen. Die Rechnung 2014 schloss besser ab als budgetiert. Dies ist jedoch kein Grund für Entwarnung. Die Herausforderungen bleiben für die Stadt gross. Dies betrifft sowohl die Einnahmen, als auch Ausgabenseite. Die Verbesserung ist nicht auf Einsparungen zurückzuführen. Dazu kommt, dass die Unternehmenssteuerreform III auf uns zukommt und wir noch nicht wissen, welchen Einfluss das auf die Steuererträge juristischer Personen haben wird. Die Wirtschaftsprognosen sind ungünstiger als letztes Jahr, dies liegt vor allem am starken Franken. Wir rechnen mit Stellenabbau und einem Rückgang der Steuereinträge. Die RPK achtet weiterhin auf die Entwicklung von Personal- und Sachaufwand. Wir prüfen die Abläufe und Kostenstrukturen. Wir verfolgen weitere Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage der Stadt.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1055/2015–1060/2015)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**1055. 2015/192
Erklärung der SP-Fraktion vom 17.06.2015:
Rechnung 2014**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Weitere Steuerausfälle gefährden das finanzielle Gleichgewicht

Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Defizit von 57 Millionen Franken erheblich besser ab als vorgese-

hen. Budgetiert war ein Minus von 173 Millionen. Das Eigenkapital beträgt per Ende 2014 noch gute 667 Millionen Franken. Die Stadt Zürich steht finanziell grundsätzlich gut da. Herausfordernd ist jedoch das künftige Umfeld: Einerseits drohen weitere Steuerausfälle aufgrund von Beschlüssen von Kanton und Bund, andererseits sind die Konjunkturaussichten aufgrund des starken Frankens unsicher: Es ist mit Stellenabbau und mit zurückgehenden Steuereinnahmen zu rechnen.

Zum im Vergleich zum Budget verbesserten Resultat haben zusätzliche Einnahmen, die guten Abschlüsse der Gemeindebetriebe sowie einige Sondereffekte beigetragen. Doch auch die Ausgaben sind teilweise rückläufig. Der Sachaufwand liegt klar unter dem Budget. Die SP begrüsst das verbesserte Kostenbewusstsein von Stadtrat und Verwaltung und hofft, dass die Ausgaben damit weiter reduziert werden können, ohne dass Leistungen für die Bevölkerung abgebaut werden. Das Wachstum des Personalaufwands konnte ebenfalls gebremst werden. Gleichzeitig halten wir fest, dass eine wachsende Stadt auch mehr Angestellte – Krankenpfleger, Lehrerinnen oder Steuerbeamte – braucht. Offene Stellen beispielsweise im Gesundheitswesen müssen besetzt werden, damit der Druck auf die Mitarbeitenden der Spitäler und Pflegeinstitutionen nicht immer weiter zunimmt.

Die Nettoinvestitionen liegen klar unter dem Budget und auch unter der Rechnung 2013: Nur knapp drei Viertel der budgetierten Investitionen wurden ausgeschöpft. Dies kann problematisch sein, sind doch die Investitionen der öffentlichen Hand wichtig für Gewerbe und KMU. Die SP warnt deshalb vor zu tiefen Investitionen und hält an ihrer langjährigen Forderung nach Verstärkung der Investitionen fest.

Die Steuereinnahmen sind mit über 2,5 Milliarden Franken auch 2014 rekordhoch und liegen über dem Budget. Die Steuererträge ermöglichen es uns, wichtige Projekte zu finanzieren, denen die Stimmbevölkerung mit klarem Mehr zugestimmt hat: Dazu gehören der gemeinnützige Wohnungsbau oder der Ausbau der Kinderbetreuung. Damit diese Volksentscheide umgesetzt werden können, ist die Stadt Zürich weiterhin auf ausreichende Steuereinnahmen angewiesen. Deshalb wehrt sich die SP gegen grossflächige Steuerausfälle, wie sie etwa mit der Unternehmenssteuerreform III drohen. Ebenfalls verfolgen wir aufmerksam, ob die beiden Grossbanken in nächster Zeit wieder – wie versprochen – Gewinnsteuern bezahlen werden.

1056. 2015/193

Erklärung der SVP-Fraktion vom 17.06.2015: Rechnung 2014

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung Stadt Zürich 2014 – Schamlose rote Politik

«Von jetzt an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme - und wenn ich mir Geld dafür borgen muss.» Dieser Spruch Mark Twains passt exemplarisch zur Politik der rot-grünen Stadtzürcher Regierung und den sozialistischen und linkssinnigen Politikern im Gemeinderat.

Um es deutlich zu sagen: Die linke Regierung lebt und bedient sich schamlos auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten des in der Privatwirtschaft beschäftigten Mittelstandes, auf Kosten des Gewerbes und insbesondere auf Kosten der nächsten Generation. Allein das Fremdkapital, auch Schulden genannt, stieg seit 2005 von CHF 7.7 Milliarden um schier unglaubliche 1.8 Milliarden auf CHF 9.5 Milliarden. (9'500'000'000) an. Aber weit gefehlt, das ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange – für 2015 sind Mittelaufnahmen von weiteren 850 Millionen Franken geplant.

Allein die Zinsen für die Schuld der Stadt Zürich gegenüber der Pensionskasse betragen seit 2005 rund CHF 200 Millionen. Ein 2005 von der SVP eingereichtes und überwiesenes Postulat zur Reduktion der Zinslast wurde vom Stadtrat schlicht nicht umgesetzt. Es wäre gemäss Stadtratsbeschluss 1160/1994 schon längst ein Gläubigertausch oder eine Umschuldung zu wesentlich tieferen Konditionen möglich. Aber das will die Stadt wohl ganz bewusst nicht. Sie setzt die Mittelaufnahmen lieber für die Bevormundung und Umerziehung der Bürger ein. Zum Vergleich: Um die auf Basis der nach der Amortisation 2015 bestehenden Schuld von noch rund CHF 260 Millionen selbe Rendite von rund CHF 10.5 Millionen mit sogenannten sicheren Anlagen zu erzielen, müsste die Pensionskasse der Stadt Zürich am Markt über CHF 1 Milliarde anlegen. Die Ausfinanzierung der Pensionskasse stünde heute auf ganz anderen Füßen. Eine gegenüber der Privatwirtschaft weit höhere Verzinsung der Pensionskassen-Guthaben wäre so kaum möglich gewesen. Die SVP will den Angestellten nichts wegnehmen, aber solche Aspekte müssen in Fragen der Total-Kompensation und der Anstellung von städtischen Angestellten endlich öffentlich auf den Tisch gelegt werden.

Und nun wird den Bürgern, den Wählern und den Steuerzahlern dieser Stadt ein Defizit von CHF 57 Millionen als Erfolg verkauft und von allen Parteien dieses Parlaments ausser der SVP, jenen die ohnehin immer mehr ausgeben wollen als sie einnehmen und jenen, die alljährlich behaupten keine Defizite mehr zu wollen, durchgewinkt werden. Auch Sie müssten rot werden, geschätzte Parlamentarier der Sparkoalition, zumindest im Gesicht!

Der Stadtrat hat in der Wahrheit überhaupt nicht gespart, im Gegenteil!

Allein die folgenden, vom Stadtrat nicht beeinflussbaren, Sondereffekte führten zu Verbesserungen: Flughafen-Aktie CHF 50 Mio. Steuerertrag, juristische Personen CHF 52 Mio. und Auflösung Rückstellung Neubewertung Übertragungsnetz ewz netto CHF 40.3 Mio. Das ergibt zusammen CHF 142.3 Mio.. Rechnet man noch die zusätzlichen Entgelte von CHF 23 Mio. exklusive Gemeindebetriebe hinzu, liegen die Zusatzeinnahmen bereits bei CHF 165.3 Mio. Zur Erinnerung: Das budgetierte Defizit inklusive Zusatzkredite lag bei CHF 213.4 Mio.

Die ganz grosse Verhöhnung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zeigt sich einmal mehr an einem im Verhältnis kleinen Betrag. Im Budget 2014 wurden dem Stadtrat gegen den Willen der SVP CHF 500'000 als freier Kredit zugesprochen. Dieser grosszügige Betrag reichte aber nicht und wurde einfach überschritten. Selbstverständlich lässt man sich die Überschreitung von der Allgemeinheit bezahlen. Das ist umso schamloser, als dass sich die elitären neun Damen und Herren Stadträte in Zeiten knapper Finanzen, eines Sanierungsprogrammes, zunehmenden Arbeitslosenzahlen und tieferer Löhne in der Privatwirtschaft aus diesem Kredit selber ein Weihnachtsessen für CHF 10'000 oder umgerechnet CHF 500 pro Kopf und Kehle genehmigten.

Die Rechnung 2014 führt zudem, wohl ungewollt, ganz unmissverständlich den negativen Effekt der Massenzuwanderung vor Augen. Lag der Steuerertrag von natürlichen Personen 2010 bei 385'463 Einwohnern noch bei CHF 1.45 Mrd. so waren es 2014 bei 404'783 Einwohnern, nur noch CHF 1.39 Mrd.. 20'000 Zuwanderer brachten also nicht mehr, sondern weniger Ertrag. Der Steuerertrag pro Kopf der Bevölkerung sinkt somit um sage und schreibe 9 Prozent von CHF 3'761 auf 3'434. Die Schere zwischen Infrastrukturkosten (Strassen, OeV, Elektrizität, Sicherheit, Personal, Schule, Kinderbetreuung, etc) und den zugrundeliegenden Steuereinnahmen natürlicher Personen öffnet sich also immer mehr.

Für die SVP ist klar: Das Defizit der Stadt Zürich ist mehr denn je systemisch und aufwandsbezogen. Es grenzt schon an Galgenhumor, wenn die sozialistische rot-grüne Stadt Zürich zur Vermeidung des Bankrotts auf die Steuereinnahmen von den verhassten Banken, auf die Aktienkurssteigerungen des Flughafens, auf Grundstücksverkäufe und auf Bussen der Autofahrer, etc. angewiesen ist.

Wir halten es mit Thomas Jefferson, der in seiner Amtszeit sagte: «Das Prinzip, im Namen der Finanzierung Geld auf Kosten künftiger Generationen auszugeben, ist nichts als ein grossangelegter Betrug an der Zukunft.»

Wer über Jahre nicht in der Lage und auch nicht willens ist, das systemisch bedingte Risiko der Zürcher Stadtfinanzen auch nur annähernd zu verbessern, dem dürfen verantwortungsbewusste Politiker auch keine Décharge erteilen, auch wenn das Geld ohnehin schon ausgegeben ist.

1057. 2015/194 Erklärung der FDP-Fraktion vom 17.06.2015: Rechnung 2014

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Nochmals höhere Steuereinnahmen finanzieren den rekordhohen Aufwand

Die FDP nimmt das Ergebnis der Rechnung 2014 mit einem Defizit von 56.8 Millionen Franken zur Kenntnis. Dieses Resultat sieht zwar besser aus als das budgetierte Defizit von über 200 Millionen Franken, es kommt aber nur dank Sondereffekten zustande.

Das vorliegende Ergebnis ist zu einem grossen Teil auf die reduzierten Investitionen zurückzuführen. Anstelle der budgetierten Netto-Investitionen von 963 Millionen Franken wurden nur 736 Millionen investiert. Damit reduzierten sich die Abschreibungen entsprechend. Der Gesamtaufwand erreicht mit 8.541 Milliarden Franken erneut Rekordhöhe. Insbesondere der Personalaufwand ist mit 2.716 Milliarden gegenüber 2013 erneut um 40 Millionen Franken gestiegen.

Dass sich das Ergebnis gegenüber dem Budget besser präsentiert, liegt am nochmals gestiegenen Steuerertrag von 2.524 Milliarden Franken. Auch die Entgelte sind gegenüber 2013 um 54 Millionen Franken gestiegen. Die vom Bezirksrat verordnete Auflösung der Schwankungsreserve der Flughafenaktien sowie die Auflösung der Rückstellung für das ewz-Übertragungsnetz spülen ungeplant 252 Millionen Franken in die Stadtkasse. Somit sorgen letztlich Steuerzahler und Nutzer von Dienstleistungen sowie die Auflösung von Reserven für das vorliegende scheinbar bessere Ergebnis. Aus mittelfristiger Sicht ist die FDP mit dem vorliegenden Resultat keineswegs zufrieden.

Der Beitrag des Projekts 17/0 zum Ergebnis ist einmal mehr sehr bescheiden. Der Stadtrat ist nun gefordert, endlich die Ausgaben deutlich zu reduzieren. Denn es ist zu erwarten, dass die Steuerzahlungen der Unternehmen in den kommenden Jahren aufgrund des schwierigen Umfelds zurückgehen werden. Die Luxusprojekte von Rot-Grün aus der Vergangenheit wie garantierte Kinderbetreuung und günstige Wohnungen für alle und zu jedem Preis werden die Stadtkasse noch auf Jahre hinaus stark belasten. Es ist ferner zu befürchten, dass die Begehrlichkeiten von Links-Grün auch in nächster Zeit nicht zurückgehen werden.

Für die FDP gibt es keinen Grund, von ihrer Finanzstrategie im Hinblick auf die kommenden Jahre abzuweichen, nämlich weiterhin ein ausgeglichenes Budget und eine echte Aufgabenüberprüfung zur Entlastung der gebeutelten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie erwartet nun vom Stadtrat eine klare Strategie, wie auf der Ausgabenseite unter Einschluss der Personalkosten eine Reduktion erreicht werden kann. Die Ratsdebatte vor zwei Wochen zu den Motionen der bürgerlichen Seite mit dem Ziel, die Ausgaben zu reduzieren, machte allerdings deutlich, dass bei Rot-Grün keinerlei Einsicht in dieser Hinsicht besteht.

1058. 2015/195
Erklärung der Grüne-Fraktion vom 17.06.2015:
Rechnung 2014

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Stadtfinanzen: Wir sind auf gutem Weg – Finanzpolitik mit kühlem Kopf und ruhiger Hand bewährt sich

Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich schliesst wie im Vorjahr deutlich besser ab als budgetiert. Anstatt einem Minus von rund 200 Millionen Franken bleibt schliesslich ein Defizit von noch 57 Millionen Franken - eine Verbesserung um mehr als 140 Mio. Franken. In allen Departementen wird mit den Finanzen sorgfältig umgegangen und werden die Sparvorgaben berücksichtigt. Zürich ist finanziell auf gutem Weg.

Zürich wächst: Die Bevölkerung wächst, die Steuereinnahmen wachsen ebenfalls und bewegen sich weiterhin auf Rekordniveau, gleichzeitig wachsen auch die Investitions-Ausgaben für die immer grössere Bevölkerung. Die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher haben schon mehrmals bestätigt, welche Investitionen in dieser Stadt gewünscht und notwendig sind. So auch am vergangenen Wochenende, wo mit den Abstimmungsvorlagen zur Wohnsiedlung Hornbach und der Veloinitiative zwei wegweisende Entscheide gefällt wurden. Das Signal ist klar: Erstens soll Zürich weiterhin in den Wohnbau investieren – bezahlbare Wohnungen mit Kostenmiete sind nach wie vor Mangelware. Zweitens soll der Veloverkehr gefördert werden. Der Entscheid des Stimmvolkes entspricht einmal mehr den Grundsätzen in der Gemeindeordnung. Auch bei der Kinderbetreuung in Krippe und Hort oder bei der Umsetzung der 2000-W-Gesellschaft erwarten wir, dass die Stadt nicht bei den Investitionen spart. Das Investitionsvolumen soll noch besser ausgeschöpft werden, damit die ambitionierten Ziele erreicht werden können.

Auf der Einnahmenseite bewegen sich die Steuern weiterhin auf Rekordniveau. Ob das weiterhin so sein wird, ist aber sehr fraglich. Mit der Unternehmenssteuerreform III werden die Steuern der juristischen Personen zurückgehen, das ist aus unserer Sicht nicht nur unverständlich, sondern schlicht unverantwortlich, haben Gewerbe und Dienstleister doch schon in den letzten Jahren von diversen Steuererleichterungen profitieren können. Den Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sollten auch die Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister einhalten.

In den kommenden Jahren liegt der Fokus bei den städtischen Finanzen auf der Erhaltung des Eigenkapitals. Die Politik von Finanzvorsteher Daniel Leupi zeigt Wirkung: Es ist spürbar, dass alle Dienstabteilungen sorgfältiger mit den Finanzen umgehen und ihre Ausgaben regelmässig überprüfen. Trotzdem sind wir nicht mit allen Sparmassnahmen glücklich. So ist die kürzlich erfolgte Kürzung der Begabtenförderung ein falsches Signal. Wir erwarten, dass weitere Kürzungen mit Mass und nicht zu Lasten der Lebensqualität vorgenommen werden.

Denn Zürich ist eine florierende und eine attraktive Stadt, sowohl für Firmen wie auch zum Wohnen. Neue Firmen siedeln sich in Zürich an, weil das Umfeld hier stimmt, angefangen von der Kinderbetreuung bis hin zur steuerlichen Belastung. Insbesondere auch wertschöpfungsstarke Unternehmen schaffen in Zürich Arbeitsplätze, profitieren von unserer Infrastruktur und zahlen in der Regel auch Steuern. Wir werden uns auch in Zukunft für gesunde Finanzen, eine leistungsfähige Infrastruktur – insbesondere in den Bereichen Wohnen, Veloverkehr, Betreuung – und für einen guten Service Public einsetzen.

1059. 2015/196
Erklärung der GLP-Fraktion vom 17.06.2015:
Rechnung 2014

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Sondereffekte statt Sonderefforts

Die Rechnung 2014 schliesst besser ab als budgetiert. Das hat Tradition und ist weder neu noch überraschend. Zugegeben: Die Verbesserung von gut 176 Millionen ist höher als in den vergangenen Jahren und an sich erfreulich. Ob das allerdings wirklich eine Folge der ausserordentlichen Sparanstrengungen und des

Kostenbewusstseins in der Verwaltung war, darf in Frage gestellt werden.

Alleine die Auflösung der Schwankungsreserve der Flughafenaktien trug 50 Millionen Franken zur Verbesserung des Resultats bei – ein Vorgang übrigens, der sich in den kommenden beiden Jahren wiederholen wird und zu unserem Bedauern wohl den Spardruck auf die Verwaltung senken dürfte. Hinzu kommen weitere Sondereffekte wie beispielsweise tiefere Aufwendungen für Energiekäufe in der Höhe von knapp 30 Millionen Franken. Ein geringerer Energieverbrauch würde uns Grünliberale ja eigentlich freuen, nur ist ein ansehnlicher Teil davon schlicht und einfach dem milden Winter geschuldet.

Ebenfalls deutlich (23.8%) unter Budget sind die Investitionsausgaben. Auch das ist ein bekanntes alljährliches Phänomen, welches zur Verbesserung des Eigenfinanzierungsgrads und (aufgrund der tieferen Abschreibungen von knapp 20 Millionen Franken) der laufenden Rechnung beiträgt.

Wenig erfreulich ist der Umgang des Stadtrats mit Beschlüssen des Gemeinderats. Die GLP verweist in diesem Zusammenhang auf den Bericht der RPK und schliesst sich deren Rüge an.

Trotz des besseren Abschlusses bleibt die finanzielle Lage der Stadt Zürich angespannt und das strukturelle Defizit bestehen. Vergessen wir nicht: Die Steuereinnahmen befinden sich auf einem Allzeithoch während Zinsen und Inflation tief bleiben. Die Stadt muss also weder einen Teuerungsausgleich ausrichten noch hohe Aufwendungen für Fremdkapital leisten. Eigentlich wären das die richtigen Voraussetzungen für einen Ertragsüberschuss. Ein Defizit vor diesem Hintergrund lässt nur einen Schluss zu: Es gibt noch viel zu tun.

1060. 2015/197
Erklärung der CVP-Fraktion vom 17.06.2015:
Rechnung 2014

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Das budgetierte Defizit wurde deutlich kleiner – aber es ist immer noch ein Defizit!

Die CVP-Fraktion nimmt die vom Stadtrat vorgelegte Rechnung 2014 mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Die Exekutive hat zwar ein weiteres Mal ein Resultat präsentiert, dass besser als budgetiert ist – aber es ist immer noch ein Defizit. Die CVP anerkennt, dass der Stadtrat verschiedene Massnahmen zu einer Verbesserung vorgenommen hat. Ersichtlich ist aber auch, dass die Departemente und Dienstabteilungen in unterschiedlichem Masse zur Verbesserung beigetragen haben.

Einzelne Schritte – auch zum Ziel des mittelfristigen ausgeglichenen Haushaltes sind eingeleitet doch das Tempo stimmt aus unserer Sicht noch nicht. Damit das Eigenkapital in den nächsten drei Jahren nicht wie der Schnee an der Sonne schmilzt, sind zwingend weitere Massnahmen vorzusehen. Im Weiteren gilt es darauf hinzuweisen, dass im vergangenen Jahr einzelne einmalige Effekte – wie die Aufwertung der Aktien der Flughafen Zürich AG oder die Auflösung einer Rückstellung beim ewz – zum besseren Rechnungsabschluss beigetragen haben und sich nicht wiederholen werden.

Auf ein für uns zu tiefes Niveau sind die Nettoinvestitionen gefallen. Wir haben immer eine Verstetigung gefordert – mit dem deutlichen Rückgang auf tiefe 736 Mio CHF besteht die Gefahr, in den kommenden Jahren einen Investitionsstau aufholen zu müssen.

Aus unserer Sicht hat das Sparprogramm 17/0 nicht den grossen Wurf gebracht. Die CVP-Fraktion hat sich davon deutlich mehr versprochen. Hier muss der Stadtrat nochmals über die Bücher und Massnahmen einleiten, die zu wirklichen Einsparungen und nicht nur zu einer „Pflasterlipolitik“ führen. Wenn wir mittelfristig nicht einen Bilanzfehlbetrag aufweisen wollen, müssen jetzt endlich einschneidende Massnahmen ergriffen werden.

Die Fraktion der CVP wird den Stadtrat daher in seinen Bemühungen um Verbesserungen weiter unterstützen, in naher Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt der Stadt Zürich präsentieren zu können. Dies sind wir den kommenden Generationen schuldig.

1054. 2015/66
Weisung vom 11.03.2015:
Finanzverwaltung, Rechnung 2014, Genehmigung

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1055/2015–1060/2015)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Es ist erfreulich, wenn eine Rechnung besser ausfällt als budgetiert.*

Sie ist jedoch noch immer negativ. Das Ergebnis zeigt aber auch, dass die Beurteilung der finanzpolitischen Lage nicht nur auf dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) basieren kann. Ich stimme der RPK zu, dass die Stadt herausgefordert ist. Es ist klar, wir haben den Rechnungsausgleich noch nicht geschafft. Es liegt noch einiges an Arbeit vor uns. Wir sind wirtschafts- und steuerpolitisch herausgefordert. Dies betrifft einerseits die Unternehmenssteuerreform III, andererseits aber auch die Lancierung und Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Klar ist, dass wir in der Rechnung Sondereffekte haben. Wir haben manchmal auch negative Sondereffekte. Im Gesundheits- und Schulbereich wird immer wieder geäussert, dass auf Kantonsebene Veränderungen stattfinden und wir mit mehr Aufwendungen konfrontiert sind. Die Regierung muss immer mit Sondereffekten rechnen. Wir schämen uns nicht für Steuereinnahmen. Die Stadt hat investiert und ist attraktiver geworden. Wir erwarten, dass diejenigen, die bei uns erfolgreich Geschäfte machen, ihren Steuerbeitrag leisten. Wir arbeiten am Standort und an finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Eintreten ist unbestritten.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 1:

Rebekka Wyler (SP): *Die Mehrheit der Kommission bittet Sie, die Rechnung 2014 der Stadt zu genehmigen und dem Antrag des Stadtrats zu folgen.*

Roger Liebi (SVP): *Wir können dieser Rechnung nicht zustimmen. Sie zeigt ein Defizit. Der Grund, weshalb wir sie nicht annehmen können, ist, dass die Verbesserung grösstenteils auf der Seite der Erträge stattfand. Ich bin erstaunt, wenn ich die Voten der Linken und besonders der Grünen höre. Es wurde nur aufgezählt, worauf nicht verzichtet werden kann. Dieser Umgang mit einer schwierigen Rechnung ist problematisch. Gestern wurde die neue Handelsbilanzstatistik von Eurobilanz veröffentlicht. Interessanterweise hat die EU 4 % weniger in die Schweiz exportiert, aber 6 % mehr importiert. Der starke Franken und die Masseneinwanderungsinitiative sind somit nicht die relevanten Gründe für das negative Budget. Wir haben gehört, dass die einwandernden Personen gut für die Schweiz seien. Seit 2010 sind die Steuererträge gesunken, obwohl in der Stadt 20 000 Personen mehr leben. Dies ist belegbar. Dies ist im Hinblick auf die Infrastrukturkosten bedenklich. Nicht nur das Glasfasernetz, sondern auch die Solar- und Windkraft wurden zu Infrastrukturprojekten. Wenn nur noch ertragsseitig gedacht wird, steuert die Stadt auf einen GAU zu. Seit Jahren sind die Steuereinnahmen gestiegen. Man muss umdenken.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Zürich hat im Bereich der Finanzen eine antizyklische Situation. Der Standort ist hyperattraktiv, dies bringt Steuereinnahmen. Die Quellensteuer müsste berücksichtigt werden. Die Stadt profitiert davon, dass sie bei den Grundstücksteuern sehr attraktiv ist. Unsere Situation unterscheidet sich somit von derjenigen vieler Gemeinden. Die AL wird sich enthalten. Dazu gibt es zwei Gründe. Ein Grund sind die Schwankungsreserven. Wir liessen uns letzten Sommer frühzeitig informieren, es wurde uns gesagt es handle sich um nur 36 Millionen Franken. Innerhalb eines Jahres stiegen die Schwankungsreserven. Der Bezirksrat schrieb der Stadt vor, dass dies innerhalb von drei Jahren abgeschrieben werden müsse. Der Stadtrat nahm keine Rekursmöglichkeiten wahr. Die Stadt verzichtete darauf, die Möglichkeiten eingehend zu prüfen. Es handelt sich um Buchwerte, die der Stadt, je nach Entwicklung, auch grosse Verluste bescheren könnten. Wir werden in der RPK eine Auslegeordnung von Stadtrat Daniel Leupi erhalten, in der er uns darlegt, wie er mit den Restwerten umzugehen gedenke. Ich*

hoffe, dass wir nicht darauf hoffen, dass die Aktien weiter steigen. Ich hoffe, dass mit diesem Posten nicht fahrlässig umgegangen wird. Unser zweiter Grund für die Enthaltung betrifft die Frage, wie der Stadtrat mit den Plafonds umgeht. Vor einer Woche haben wir Antworten vom Stadtrat betreffend des Schulamts erhalten. Es wurde aufgezeigt, wie budgetiert wird.

Martin Bürlimann (SVP): Wir haben ein Defizit von 57 Millionen Franken. Budgetiert war ein Defizit von 233 Millionen Franken. Immerhin handelt es sich um einen verbesserten Rechnungsabschluss. Dies betrifft jedoch Positionen, die direkt mit dem Budget wenig zu tun haben, so beispielsweise die Teilauflösung in die Schwankungsreserve oder die höhere Ablieferung der Buchgewinne. Der Aufwand ist zudem aufgrund tieferer Personalaufwände, die durch die Nichtbesetzung offener Stellen zustande kamen, verbessert. Wir verweisen auf unsere jeweiligen Budgetanträge. Die Reduktion des Personals soll ohne Kündigungen erfolgen. Die Fluktuation beträgt rund 5 %. Offenbar ist es gelungen, substanzielle Einsparungen zu vollziehen. Wir forderten diese Einsparungen seit vielen Jahren und immer wurde uns gesagt, es sei unmöglich. Auch bei unseren Motionen, die wir vor zwei Wochen überweisen wollten, verlangten wir, dass die künftige Rechnung durch die Nichtbesetzung von Fluktuationen verbessert werden soll. Ich verweise ausdrücklich auf die Diskrepanz zwischen den Aussagen in den Budgetdebatten und den Aussagen des Stadtrats. Wir honorieren die Bemühungen des Stadtrats ausdrücklich. Jedoch gab es auch Personalsenkungen, bei denen die Kosten nicht in gleichem Mass gesunken sind. Wir werden die Anträge wieder einbringen und hoffen auf die Kooperation der übrigen Ratsmitglieder. Die Nettoschuld stieg bis 2013 und sank 2014 schliesslich. Dies hängt jedoch auch mit der Auflösung der Aufstellungen für die Neubewertungen im Übertragungsnetz ewz von 202 Millionen Franken. Die Schulden steigen und das Eigenkapital verschlechtert sich. Wir verweisen auf die Liste der Anleihen langfristiger Schulden der Stadt. Irgendwann laufen diese Anleihen aus, wir verdrängen heute das Problem. Solange die Schulden unaufhaltsam steigen und die Substanz nicht erhöht wird, kann die SVP der Rechnung nicht zustimmen. Die Stadt muss die Schulden reduzieren und das Eigenkapital erhöhen. Dies wäre realisierbar. Es ist unverständlich, wie einer solchen Rechnung zugestimmt werden kann.

Dr. Urs Egger (FDP): Wer den Fraktionserklärungen der Parteien zuhört, bekommt ein Déjà vu, wir haben das alles schon viele Male gehört. Obwohl die Steuereinnahmen steigen, wird über Steuerausfälle lamentiert. Man macht sich stark für das Gewerbe, dem immer mehr Hindernisse in den Weg gelegt werden. Es wird beklagt, dass ein Mangel an günstigen Wohnungen besteht. Die tatsächlich bedürftigen Menschen erhalten jedoch keine günstigen Wohnungen. Unsere Vorschläge zur Verbesserung der Lage werden jedoch abgelehnt. Wir werden dieser Rechnung zustimmen. Wir stimmen der korrekten Rechnungsführung zu. Wir stimmen jedoch nicht der städtischen Finanzpolitik zu. Unsere Finanzpolitik sieht anders aus. Wir müssen etwas auf der Ausgabenseite unternehmen.

Samuel Dubno (GLP): Ich möchte den problematischen Umgang des Stadtrats mit den Beschlüssen des Gemeinderats betonen. Namentlich geht es um das Zurich Game Festival. Wir finden das Verhalten des Stadtrats stossend. Diese Debatte soll eine Möglichkeit sein, Lehren für die Zukunft zu ziehen. Auch beim JULL gibt es einen Gemeinderatsbeschluss für eine Kürzung. Die FDP wollte bei der letzten Budgetdebatte nicht, dass das Museum Strauhof auf die frühere Art weitergeführt wird. Das Museum Strauhof hat nun eine neue Trägerschaft und kostet deutlich weniger. Nachdem dieser Fall erledigt wurde, glaube ich nicht, dass die FDP unbedingt ein Schreiblabor für Junge will. Der Stadtrat macht nichtsdestotrotz mit dem JULL weiter. Es wäre wünschenswert, wenn der Stadtrat bei der Umsetzung von Gemeinderatsbeschlüssen über die Bücher ginge.

Roger Liebi (SVP): Ich gebe Walter Angst (AL) hinsichtlich der Quellensteuer recht. Seit 2011 ist die Bevölkerung um 20 000 Personen gestiegen. 2010 lagen die Steuereinnahmen natürlicher Personen inklusive Quellensteuer bei 1,562 Milliarden Franken, 2014 lag der Betrag bei 1,567 Milliarden. 20 000 zusätzliche Personen brachten somit lediglich 5 Millionen Franken zusätzliche Steuerfranken. Damit kann die Infrastruktur in der Stadt nicht ausgebaut werden. Es ist eine Tatsache, dass zusätzliche Infrastruktur benötigt wird und diese finanziert werden muss. Ich freue mich über das Votum von Stadtrat Daniel Leupi, weil ich sehe, dass auch er gegen die Verwaltung ankämpfen muss. Ich bedaure, dass wir in dieser Finanzlage nie etwas von unserer Stadtpräsidentin hören. Stadtrat Daniel Leupi wird meist allein gelassen. Ein Stadtpräsidium ist dazu da, um Führung zu übernehmen.

Walter Angst (AL): Ich möchte nun auf unseren zweiten Punkt eingehen. Es geht um die Umsetzung der Sparvorgaben, die über Plafonierungen gesetzt werden. Konkret geht es um das Schul- und Sportdepartement. Im April 2014 wurde im Schul- und Sportdepartement festgestellt, dass das Budget nicht eingehalten werden kann. Es wurde eine Sparrunde im Schulamt verordnet. Es wurde zwar eine Reihe richtiger Ausgabereduktionen gefunden. Es war nicht Auftrag des Parlaments, dass niemand über die Einführung dieser Sparmassnahmen im Bereich des Förderunterrichts, Aufgabenhilfe und bei Vikariaten informiert würde. Dies betrifft direkt die Qualität und wirkt doppelt. Das Wachstum der Schülerzahlen wurde seit Jahren nicht kompensiert. Der Stadtrat muss Prioritäten setzen. Die relevanten Schwerpunktbereiche dürfen jedoch nicht von solchen Kürzungen betroffen werden. Der Gemeinderat, die RPK und die zuständige Kommission müssen informiert werden.

Dr. Mario Babini (parteilos): Heute besteht das Problem, dass man nicht so genau weiss, ob man sich in guten oder schlechten Zeiten befindet. Die Steuereinnahmen sprudeln weiterhin, von den Grossbanken haben wir jedoch schon länger nichts mehr gehört. Möglicherweise nähern wir uns wegen der Politik der Nationalbank einer Rezession. Dennoch wird darauf gehofft, dass die Grossbanken in die Kassen einzahlen werden. Die besseren Resultate sind nicht auf Sparmassnahmen zurückzuführen, sondern auf Massnahmen, die ich als Financial Engineering bezeichnen würde. Langfristig ist dies keine Lösung. Ich muss mich der AL anschliessen und mich enthalten. Heute befinden wir uns in einer Zeit, in der wir das Fremdkapital fast gratis bekommen. Wir sollten das Fremdkapital somit benutzen, um teure Altlasten abzutragen.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Der hohe Frankenkurs wurde bereits als Schuldiger für das Defizit identifiziert. Der hohe Frankenkurs ist jedoch nicht schuld, es geht um die Schuldenkrise gewisser Euroländer. Es handelt sich um eine Schuldenmentalität, der auch die Stadt frönt. Hätten wir den Euro weiter gestützt, hätten wir nur die Misswirtschaft in der Schweiz gestützt. Wäre die Geldmenge ausgeweitet worden, hätte dies eine grosse Inflation zur Folge. Dies wäre den Linken genehm, weil sich dadurch die Schulden relativieren würden. Dies geschähe auf Kosten der Sparer. Durch die weitere Anbindung des Frankens an den Euro hätte es einen schleichenden Beitritt zum Euroraum gegeben. Bei meinem zweiten Beispiel handelt es sich um ein Fallbeispiel, das bereits in der Presse zitiert wurde. Es geht um die Ordnungsbussen für Autofahrer. Mit den Ordnungsbussen werden Budgetziele erreicht. Die Rotlichtkameras haben nicht immer etwas mit Sicherheit zu tun. Wenn die Fahrenden stark abbremsen und es dadurch zu Auffahrunfällen kommt, ist der Sicherheit nicht gedient. Diese Politik ist heuchlerisch.

Dr. Daniel Regli (SVP): Ich möchte aus meiner Perspektive als Referent des Präsidialdepartements (PRD) darlegen, weshalb wir dieses Budget ablehnen. Das Präsidialdepartement kann durch seine Vorbild- und Führungsfunktion grossen Einfluss auf die

Entwicklung der Stadt nehmen. Wir wollten sehen, ob die Stadtpräsidentin dieser Vorbildfunktion 2014 gerecht wird. Der Totalaufwand konnte von 231 auf 229 Millionen Franken gesenkt werden. Besonders der Sachaufwand wurde gesenkt. Dieser kann durch interne Verrechnungen und den Aufschub von Anschaffungen reduziert werden. Zudem hat sich 2014 der Neubau des Kunsthauses verzögert, dadurch wurde viel Geld im Sachaufwand frei. Im Personalaufwand wurden insgesamt vier Stellen abgebaut, jedoch lediglich 90 000 Franken, theoretisch sollte es sich durchschnittlich um eine Optimierung von 520 000 Franken handeln. Es kam also zu Lohnerhöhungen. Beim Abbau des Personals gab es kaum Vorbildfunktion. Im Präsidentialdepartement wird geplant und evaluiert. In anderen Departementen ist ein Stellenabbau nicht so gut möglich wie im Präsidentialdepartement. Im PRD wird vor allem geplant, es werden Studien erstellt und es werden Strategien erarbeitet. Aus Sicht der SVP könnte im PRD Personal abgebaut werden. Wenn der Sachaufwand langfristig gesenkt werden soll, muss das Personalbudget reduziert werden. Unsere Ablehnung des Budgets ist eine politische Entscheidung.

Roberto Bertozzi (SVP): *Als Fraktionsreferent des Sozialdepartements habe ich die Rechnung 2013 mit derjenigen von 2014 verglichen. 2013 gab es ein Saldo von 125,5 Millionen Franken, 2014 betrug der Saldo 129,9 Millionen Franken. Die Ausgaben des Sozialdepartements bleiben konstant. Beim Amt für Zusatzleistungen gab es eine Zunahme um 5,7 Millionen Franken, im Laufbahnenzentrum nahmen die Ausgaben um 1,7 Millionen Franken ab. Bei der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde konnten die Ausgaben um 200 000 Franken gesenkt werden. Bei den sozialen Diensten kam es zu einer Abnahme von 3,5 Millionen Franken, bei den sozialen Einrichtungen und Betrieben stiegen die Ausgaben jedoch um 600 000 Franken. In jeweils drei Abteilungen kam es zu Ab- und Zunahmen. Insgesamt sind die Ausgaben im Sozialdepartement gestiegen. Wir erwarten Sparvorschläge, da unsere Vorschläge regelmässig abgelehnt werden.*

Rolf Müller (SVP): *Die Kommissionsmitglieder des Gesundheits- und Umweltdepartements haben die Rechnung 2014 detailliert geprüft. Bei den Pflegezentren konnte ein besseres Ergebnis als budgetiert erreicht werden, im Vergleich zum Vorjahr gibt es jedoch keine nennenswerten Verbesserungen. Bei den Alterszentren schliesst die Rechnung 2014 mit einem Verlust von 3,7 Millionen Franken ab. Dieses Resultat ist schlechter als budgetiert. 2011 und 2012 konnte in diesem Bereich ein Gewinn realisiert werden. Wir erwarten in der Rechnung 2015 ein ausgeglichenes Resultat. Im Stadtspital Waid schliesst die Rechnung ebenfalls mit einem Minus von 10,3 Millionen Franken ab. Der Umsatz war jedoch besser als erwartet, weshalb das Defizit nicht so gross ist wie budgetiert. Es stellt sich die Frage, ob bewusst ein zu tiefer Betrag budgetiert wurde. Im Stadtspital Triemli schliesst die Rechnung 2014 deutlich unter dem budgetierten Betrag ab. Nur dank kantonaler Subventionen konnte schliesslich ein Plus von 1,2 Millionen Franken erwirtschaftet werden. Budgetiert wurde jedoch ein Plus von 14,6 Millionen Franken. 2013 lag der Gewinn bei 7 Millionen Franken. In den Gesundheitseinrichtungen ist kein Trend in Richtung Ertragsverbesserungen zu erkennen. Wir erwarten, dass die konjunkturreisistenten Bereiche ihre Kostenstruktur deutlich verbessern. Wir danken der Präsidentin der beiden Stadtspitäler eine kompetente Präsentation der Daten, den Angestellten des Departements danken wir eine kompetente Beantwortung der Fragen. Ebenfalls möchte ich mich bei unserem RPK-Mitglied Roger Liebi (SVP) bedanken, der uns sehr unterstützte.*

Rebekka Wyler (SP): *Die Ausführungen von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) zum starken Franken sind problematisch. Ich kenne auch Mitglieder der FDP, die ihre Produktion stilllegen mussten, weil sie nicht mehr ins Ausland exportieren können. Die Aufhebung der Frankenuntergrenze schafft auch für die Bürgerlichen Probleme. Die Ordnungsbu-*

sen wurden erwähnt. Ebenfalls erwähnt wurde die linke Misswirtschaft. Die Stadträtinnen und Stadträte bereichern sich nicht an den Steuereinnahmen. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren von Kinderbetreuung und gemeinnützigem Wohnungsbau.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
Enthaltung: Vizepräsident Walter Angst (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 19 Stimmen zu.

Wortmeldungen zu Dispositivziffer 2 siehe GR Nr. 2015/88, Beschluss-Nr. 1053/2015.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 3:

Rebekka Wyler (SP): *Wir bitten Sie, die Rechnung abzunehmen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Enthaltung: Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 101 gegen 0 Stimmen zu.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 4:

Rebekka Wyler (SP): *Wir bitten Sie, der Dispositivziffer 4 zuzustimmen und die*

Rechnung 2014 abzunehmen.

Martin Bürlimann (SVP): Die Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familie bietet Familien mit mindestens drei Kindern und bescheidenem Einkommen Wohnungen und Reiheneinfamilienhäuser an. Die Stiftung bietet derzeit 511 Wohnungen. 417 Wohnungen haben vier oder mehr Zimmer und eignen sich dadurch für Haushalte mit Kindern. Es handelt sich auch um Wohnsiedlungen. Wir zweifeln an der Anzahl Kinder in den Wohnungen. Es herrscht zu wenig Transparenz. Es besteht keine Sicherheit, dass Familien wieder ausziehen, nachdem die Kinder von zu Hause ausgezogen sind.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)

Ausstand: Min Li Marti (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen zu.

Kommissionsreferentin Dispositivziffer 5:

Rebekka Wyler (SP): Die RPK bittet um Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 5

Die RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 5.

Zustimmung: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Kommisionmehrheit/-minderheit Dispositivziffer 6:

Rebekka Wyler (SP): Die Mehrheit der Kommission beantragt die Ablehnung des Änderungsantrags und die Zustimmung zur unveränderten Dispositivziffer 6.

Martin Bürlimann (SVP): Im Januar 2011 stellte sich der Stadtrat gegen die Hauptforderung des neuen wohnpolitischen Grundsatzartikels. Soll der Anteil gemeinnütziger Wohnungen von einem Viertel auf einen Drittel erhöht werden, erfordert dies Mittel von rund 15,6 Milliarden Franken. Als der Stadtrat seine Ansicht änderte, wurde diese Zahl nicht mehr erwähnt. Die neue Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen entspringt einer Volksabstimmung von März 2013. Das Stiftungskapital wird für den Bau, Kauf und die Sanierung von Bauliegenschaften eingesetzt. Das Ziel der Stiftung ist der

Bau von Siedlungen, die den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft entsprechen. Die Stiftung ist noch nicht operativ tätig, besitzt aber ein Stiftungskapital. 2014 konstituierte sich die Stiftung, legte jedoch kein Budget für das Jahr 2014 vor. Sie war nicht aufrichtig mit den Informationen. Die Erhöhung des Anteils gemeinnütziger Wohnungen auf einen Drittel ist nicht finanzierbar und zutiefst unsozial gegenüber denjenigen, die diese Wohnungen zahlen müssen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Dubno (GLP): Wir werden diese Rechnung zur Kenntnis nehmen, auch wenn es uns nicht passt. Der Volkswille ist umzusetzen.

Roger Liebi (SVP): Hat das Volk beschlossen, dass das Geld eingesetzt oder auf ein Konto gelegt werden soll? Das Geld wurde auf ein Konto gelegt. Es wurde noch keine einzige Wohnung gebaut.

Samuel Dubno (GLP): Ich nehme zur Kenntnis, dass die SVP diese Weisungen immer zustimmend zur Kenntnis nehmen wird, sobald die Stiftung aktiv wird.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 6:

6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Martin Bürliemann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 6

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 6.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 6.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Martin Bürliemann (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Samuel Dubno (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Rechnung 2014 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2014 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem vollumfänglich den Reserven zuzuweisenden Gewinn von Fr. 2 354 592.95 wird genehmigt.
3. Die Rechnung 2014 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird abgenommen.
4. Die Rechnung 2014 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird abgenommen.
5. Die Rechnung 2014 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.
6. Die Rechnung 2014 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Bezirksrat und den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Juni 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

1061. 2015/1

Weisung vom 07.01.2015:

Motion von Dr. Urs Egger und Marc Hohl betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/419, von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) vom 9. November 2011 betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

Severin Pflüger (FDP): *Die Stadt besitzt sehr viele Kommunikationsstellen. 2010 fragte sich die FDP, ob es sinnvoll ist, wenn es so viele Kommunikationsbeauftragte gibt. Die Kommunikationsstellen verteilen sich über alle Departemente und Dienstabteilungen. Eine Zentralisierung müsste möglich sein. Deshalb wurde diese Motion eingereicht, die eine Mehrheit fand. Nun sagt uns der Stadtrat, er hätte verschiedene Aufgaben bereits vor der Überweisung der Motion zentralisiert. Die Kommunikationsrichtlinien, Social Media und das Intranet wurden tatsächlich nach Überweisung der Motion zentralisiert. Es kam zu einem leichten Stellenabbau. Dieser Stellenabbau erfolgte nicht gezielt, sondern erratisch. Es kam zu keinem durchdachten Vorgang, der zu einer Zentralisierung führen sollte. Dennoch betrachtet der Stadtrat diese Motion als erfüllt.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christina Hug (Grüne): *Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der Stadtrat das Anliegen nicht schlecht umgesetzt hat. Er hat aufgezeigt, dass bereits an sinnvollen Stellen zentralisiert wurde. Er hat ebenfalls aufgezeigt, dass es Bestrebungen gibt, weitere Zentralisierungen zu vollziehen. Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Kommunikationsstellen ist effizient und praxistauglich. Es wird laufend an Verbesserungen gearbeitet. Die Stellenwerte an Kommunikationsstellen sind in den letz-*

ten Jahren zurückgegangen. Die Stadt hat einen gesetzlichen Informationsauftrag.

Severin Pflüger (FDP): Der Stadtrat hat die Gelegenheit erhalten, Stellen zu streichen und er nutzt diese Möglichkeit nicht. Es gab einen Stellenstopp, dabei handelt es sich um einen Fortschritt. Wenn man das Wachstum an Kommunikationsstellen in den letzten zehn Jahren vor der Motion anschaut, erkennt man, dass es bei der Tiefe und Qualität der Kommunikation keine Verbesserungen gab. Die Kommunikationsbeauftragten verschicken heute 1000 Medienmitteilungen pro Jahr und haben zwischen 15 000 und 16 000 Medienkontakte pro Jahr. Dafür geben wir Geld aus, erkennen jedoch wenig Nutzen. Die wichtigen Dinge sollten kommuniziert werden. Jeder Kommunikationsbeauftragte führt dazu, dass die Vorgesetzten weniger kommunizieren. Kommunikationsbeauftragte haben eine geschliffene Sprache und für uns ist es schwieriger, die Wahrheit hinter dieser geschliffenen Sprache zu erkennen. Die Kommunikation wird nicht verbessert. Es gibt den Fall, in dem man etwas tut und anschliessend darüber kommuniziert, weil die Handlung wichtig war. Es gibt jedoch auch den umgekehrten Fall, in dem Dinge um der Kommunikation willen getan werden. So wurde beispielsweise einmal darüber kommuniziert, dass die Lehrlinge der Stadt 400 Trinkwasserflaschen am Paradeplatz verteilt hatten. Diese Aktion hatte eine Medienmitteilung der Stadt zufolge. Wir geben viel für unnötige Kommunikation aus. Wir haben dem Stadtrat die Möglichkeit zum Aufräumen in die Hand gegeben.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wenn der Stadtrat nicht zum Personalabbau gezwungen wird, wird es keinen Personalabbau geben. Das Instrument, das wir dem Stadtrat gegeben hatten, wurde abgeschliffen. Im Motionstext wurde ein Stellenabbau von 18,75 % gefordert, dies wurde durch eine Textänderung gestrichen und es wurde dem Stadtrat freigestellt, wie viele Stellen er abbauen will. Immerhin wurden sechs Stellen abgebaut. Schaut man sich die Hintergründe an, erkennt man, dass die Stadt die Abläufe nicht optimiert hat. Es wurden keine Doppelspurigkeiten und Leerläufe identifiziert und beseitigt. Die Stadt vermeldete Erfolge, die bereits Jahre zurückliegen.

Walter Angst (AL): Wir werden die Motion auch nicht abschreiben. Wir wünschen, dass die Stadt im Bereich der Kommunikation eine Neuorientierung einleitet. Ich möchte Ihnen die Vorstellung nehmen, dass in den vergangenen Jahren Stellen in der Kommunikation abgebaut wurden. Es wird einfach anders gerechnet. In der Stadtverwaltung besteht keine klare Zuordnung von Kommunikationskompetenzen. Real ist der Stellenabbau somit nicht. Weniger Medienmitteilungen würden nicht zwingend zu einer Eindämmung der Kommunikationsflut führen. Kommunikation umfasst auch das Bereitstellen von Informationen auf dem Netz, sie umfasst deutlich mehr als das Erarbeiten von Medienmitteilungen. Wir würden uns ein Wegkommen von der Bearbeitung der öffentlichen Meinung hin zur Information der Bevölkerung wünschen. So könnte die Bevölkerung aktiv Einfluss in die Gestaltung des Gemeinwesens nehmen. Im ERZ wurde uns beispielsweise mitgeteilt, dass der Geschäftsbericht nicht mehr gedruckt würde. Die Zahlen fehlten jedoch im öffentlichen Geschäftsbericht, es wurde auf Nachfrage geäussert, die Zahlen seien hinter einem verborgenen Link versteckt. Diese müssen der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Markus Hungerbühler (CVP): Die CVP hat die Weisung und den Bericht des Stadtrats mit Stirnrunzeln zur Kenntnis genommen. Es wurde geäussert, es sei nicht zielführend, etwas zu verändern. Es wurde ebenfalls geäussert, die Kommunikationsform habe sich bewährt, eine weitere Zentralisierung würde dem inhaltlichen Ziel widersprechen. Dezentralität sei besser als Zentralität, wurde ebenfalls geäussert. Der Bericht des Stadtrats ist eine Mischung an Ausreden, weshalb der Auftrag nicht umgesetzt werden kön-

ne. In vielen Konzernen in der Privatwirtschaft ist Zentralisierung möglich. Für die Stadt ist dies angeblich nicht realisierbar. Wir werden diesen Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Roger Liebi (SVP): *Die GLP war an dieser Motion, die nicht umgesetzt wurde, beteiligt. Nun möchte die GLP die Motion nichtsdestotrotz abschreiben. Es wird sehr selektiv kommuniziert. Ich habe kein Verständnis dafür, dass beispielsweise der Geschäftsbericht ewz Deutschland GmbH für geheim erklärt wurde. Der Steuerzahler hat einen Rahmenkredit zur Verfügung gestellt. Ich habe kein Verständnis dafür, dass dieser Bericht geheim ist. Die Stadt muss auch in den Bereichen Kommunikation betreiben, in denen es für die Stadt unangenehm ist.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Dieses Thema beschäftigt die Stadt schon seit einiger Zeit. Das Grundanliegen, die Arbeit möglichst effizient und zielführend durchzuführen, teilen wir mit den Motionären. Das Anliegen wurde ernsthaft und sorgfältig geprüft. Wir haben uns an den gesetzlichen Rahmen, namentlich das Gemeindegesetz, das Gesetz über die Information und den Datenschutz zu halten. Wir müssen von uns aus informieren und Rücksicht auf die Bedürfnisse der Medien nehmen. In diesem Rahmen möchten wir die Aufgabe möglichst effizient erfüllen. Unsere Prüfung ergab, dass es nicht sinnvoll ist, für die ganze Stadtverwaltung eine zentrale Kommunikationsabteilung zu betreiben. Der Transfer des Wissens würde neue Ressourcen erfordern. Die Instrumente der Kommunikation sollen zentralisiert werden. Dazu haben wir auf Anfang des Jahres die neuen Publikationsleitlinien erlassen. Wir haben das Intranet erneuert und den Umgang mit Social Media optimiert. Die Kommunikationsaktivitäten zu zentralisieren, ist jedoch nicht sinnvoll, da das Wissen in den Dienstabteilungen liegt. Die Qualität der städtischen Kommunikation ist gut. Dies wird von uns erwartet und entspricht unserem Auftrag.*

Roger Liebi (SVP): *Informationen, die von allgemeinem Interesse sind, müssen laut Gemeindegesetz kommuniziert werden. Finden Sie, dass es von allgemeinem Interesse ist, was mit dem gesprochenen Geld bei der ewz geschieht? Unternehmen Sie etwas, dass der Geschäftsbericht des ewz noch dieses Jahr öffentlich gemacht wird.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt: Vom Bericht betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 45 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Präsidentin Christina Hug (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Markus Merki (GLP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Severin Pflüger (FDP), Referent; Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Rosa Maino (AL), Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 54 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2011/419, von Dr. Urs Egger (FDP) und Marc Hohl (FDP) vom 9. November 2011 betreffend die Zentralisierung der Kommunikationsaufwendungen über die Informationsbeauftragte unter Reduktion von Kommunikationsstellen wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Juni 2015

1062. 2015/39

Weisung vom 04.02.2015:

Postulat der Spezialkommission PRD/SSD betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen», Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/16, der Spezialkommission PRD/SSD vom 18. Januar 2012 betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Christian Huser (FDP): Am 19. September 2009 wurde ein Postulat zu Bewilligungsverfahren überwiesen. Gefragt wurde, wie Bewilligungsverfahren vereinfacht werden könnten. Wir sind darauf angewiesen, die Betriebe trotz Baustellen auf Kurs zu halten. Ausschlaggebend für das Postulat war eine Grossbaustelle im Seefeld. Der Stadtrat nahm damals in einem Bericht Stellung. Es wurde geäussert, dass Bauarbeiten immer unangenehm seien, es aber nötig sei, die Infrastruktur in Stand zu halten. Ich anerkenne, dass eine gute Infrastruktur wichtig ist. Nichtsdestotrotz stellt es uns Unternehmer vor grosse Herausforderungen. Damals wurde das Postulat diskutiert und abgeschrieben. Dem Gewerbe hat es aber nichts genützt. Im April 2010 wurde eine dringliche Motion betreffend Eigenleistung der Stadt bei Grossanlässen überwiesen. Parallel zu dieser Motion wurde ein Postulat eingereicht, welches die Überarbeitung der städtischen

Richtlinien bei Anlässen forderte. Da die beiden Vorstösse einen Zusammenhang besitzen, wurden sie gemeinsam geprüft. Es wurde ein gemeinsam erarbeiteter Bericht im Januar 2013 erstellt. Die beiden Vorstösse wurden zur Kenntnis genommen und abgeschrieben. Informiert wurde das Gewerbe jedoch nicht. Der Stadtrat möchte, um dem Gewerbe die Ankurbelung des Geschäfts zu erleichtern, weiterhin Strassenfeste ermöglichen. Das Tiefbauamt kann als Veranstalterin dieser Feste auftreten und die Kosten dafür übernehmen. Die Entscheidung dafür liegt beim Tiefbauamt. Die Möglichkeit wird jedoch nur selten genutzt. Als Präsident des Gewerbevereins Seebach war mir diese Möglichkeit bislang nicht bekannt. Die Wichtigkeit des Gewerbes wird immer wieder hervorgehoben, es wird jedoch nichts getan, um die Situation zu verbessern. Stadträtin Corine Mauch versprach, die Situation zu verbessern.

Kommissionminderheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Es geht nicht darum, dass wir die Stadtpräsidentin oder die Mitarbeitenden lächerlich machen wollen. Wenn wir die Budgets für Personal kürzen, dann geht es um eine Machtfrage. Es geht nicht um die persönliche Ebene. Es ist unverständlich, weshalb die FDP den Bericht nun zustimmend zur Kenntnis nehmen will. Es handelt sich um ein Kommissionspostulat. Von vier gestellten Forderungen wurde eine erfüllt. Wir sind sehr unzufrieden. Die Bewilligungspraxis ist erfüllt. Wenn jemand einen Monat lang eine Baustelle vor seinem Geschäft hat, kann er ein Strassenfest veranstalten. Es handelt sich bei diesem Gebührenerlass um keine bevorzugte Behandlung. Wir hatten gefordert, dass die Fachstelle KMU die Geschäftsleute proaktiv informieren soll. Auch Koordination wurde gefordert, diese wurde ebenfalls nicht erfüllt. Eine gemeinsame, überparteiliche Koalition hat ein Postulat eingereicht. Der Bericht des Stadtrats ist ungenügend, dennoch wird er zustimmend zur Kenntnis genommen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat ist sich bewusst, dass Bauarbeiten immer mit Unannehmlichkeiten verbunden sind. Gleichzeitig ist es uns bewusst, dass unsere Infrastrukturen ein gutes Niveau aufweisen. Normalerweise darf der öffentliche Raum nicht für solche kommerziellen Strassenfeste genutzt werden. Es wurde jedoch eine Ausnahmeklausel in die Veranstaltungsrichtlinie aufgenommen. Aufgrund des Postulats und der Motion wurde die Veranstaltungsrichtlinie mit dem Ziel der Vereinheitlichung optimiert. Gebühren und Kosten können wegen der Gleichberechtigung nicht erlassen werden. Bei ausserordentlich grossen Bauarbeiten besteht die Möglichkeit, dass das Tiefbauamt als Veranstalter selbst auftritt und dadurch die Kosten übernimmt. Wir haben diese Ausnahmeklausel unverändert übernommen. Der Stadtrat ermuntert Gewerbetreibende, die Möglichkeiten zu nutzen. Wir bemühen uns, in diesem Bereich verstärkt zu kommunizieren.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt: Vom Bericht betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurbelungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit: Christian Huser (FDP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 19 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Christian Huser (FDP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 19 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion, GR Nr. 2012/16, der Spezialkommission PRD/SSD vom 18. Januar 2012 betreffend «Erlass der Bewilligungsprozeduren und Gebühren für Wiederankurblungsmassnahmen der Gewerbebetriebe im Anschluss an baustellenbedingte Einschränkungen» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 24. Juni 2015

1063. 2015/13

Postulat von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 14.01.2015: Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrads für Angestellte mit Betreuungspflichten, Änderung des Personalrechts (PR)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2015/13 und 2015/142.

Cordula Bieri (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 643/2015): Das vorliegende Postulat fordert, dass Mütter und Väter bei der Geburt oder Adoption eines Kindes ihr Arbeitspensum um 20 % reduzieren können. In der Stadt besteht diese Möglichkeit bereits. Ob eine Pensumreduktion möglich ist, hängt heute von der Einschätzung der direkt vorgesetzten Personen ab. Es gibt zahlreiche Studien, die aufzeigen, dass dieser Entscheid oft aufgrund persönlicher Wertehaltungen und Überzeugungen getroffen wird und nicht aufgrund betrieblicher Gründe. Gerade in Abteilungen, in denen überwiegend Männer beschäftigt sind, kann man sich manchmal Teilzeitarbeit kaum vorstellen. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen, dass viele Berufe in

Teilzeit ausgeübt werden können. Möglich ist vieles, auch wenn dies den Vorgesetzten nicht möglich erscheint. Es braucht ein Recht auf Reduktion. Vor allem von Männern wird erwartet, Vollzeit zu arbeiten. Damit es nicht zu Kleinstpensen kommt, soll es eine untere Grenze von 60 % geben. In männertypischen Berufen ist Teilzeitarbeit oft selten. Eltern, die ihre Erziehungstätigkeit gerecht aufteilen wollen, stossen oft an ihre Grenzen.

Katharina Widmer (SVP) begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 4. März 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat fordert den Stadtrat auf, zu prüfen, ob Personen mit Betreuungspflichten von Kindern ihr Arbeitspensum reduzieren können. Über eine kurze Zeitspanne kann ich mir eine solche Reduktion vorstellen. Eine solche Pensumreduktion, die sich über acht Jahre erstreckt, erfordert zusätzliches, befristetes Personal mit einem kleinen Pensum. Für die Personalverantwortlichen ist die Organisation aufwändig, schwierig und kostspielig. Eine Arbeitsplatzgarantie, die sich auf acht Jahre erstreckt, ist nicht realisierbar. Die Umsetzung dieses Postulats hätte eine grössere Präsenz von Männern in Haushalt und Kinderbetreuung zur Folge. Dies entspräche einer Wunschvorstellung. Der Nachwuchs stellt unser Leben auf den Kopf, Familiengründung ist Privatsache und die Arbeitsaufteilung muss innerhalb der Familie erfolgen. Weitergehende Forderungen müssen abgelehnt werden.

Markus Kunz (Grüne): Es ist sinnvoll, dass der zweite Vorstoss parallel behandelt wird. Materiell handelt es sich nichtsdestotrotz um ein zusätzliches Anliegen. Es geht um die Betreuung von Familienangehörigen, also beispielsweise von betagten Eltern. Die meisten betagten und sehr betagten Personen leben zu Hause. Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist dies sinnvoll. Dennoch können sie hilfsbedürftig werden. Diese Situation hat sich in der öffentlichen Wahrnehmung akzentuiert. In den letzten Jahrzehnten haben wir vor allem über Kinderbetreuung verfügt. Werden ältere Menschen betreut, sind teilweise sehr rasche Aktionen notwendig. Angehörige sind sehr stark gefordert, manchmal muss auch unbezahlter Urlaub genommen werden. Gesetzlich ist es möglich, unbezahlten Urlaub zu nehmen. Es geht um eine gezielte Nennung in der Personalverordnung, weil es schwer ist, bei den Arbeitgebern Verständnis zu wecken. Es liegt im Interesse der Stadt als Arbeitgeberin, dass solche Situationen gut gelöst werden können.

Katharina Widmer (SVP): Das Postulat verlangt einen längeren Bezug von unbezahltem Urlaub zur Ausübung von Betreuungspflichten an älteren Angehörigen. Im Personalrecht der Stadt ist der unbezahlte Urlaub zu bewilligen, wenn die dienstlichen Verhältnisse es gestatten. Das bestehende Recht ist ausreichend. Bei einer Umsetzung des Anliegens kämen Folgekosten auf uns zu. Wer käme für die AHV-Zahlungen auf? Was passiert mit den Pensionskassenbeiträgen? Es kann eine markante Beitragslücke entstehen. Der nächste Schritt der Postulanten wird sein, dass die Stadt für die AHV und Pensionskasse aufkommen muss. Das Ansinnen, Verwandte zu pflegen und zu unterstützen, ist lobenswert, muss jedoch auf andere Weise möglich sein. Die Pflege von Angehörigen kann sehr belastend sein, dadurch kann es oft zu Übergriffen an betagten und hochbetagten Menschen kommen.

Weitere Wortmeldungen:

Marc Bourgeois (FDP): Ich lebe in einem 3-Generationen-Haushalt und habe auch Betreuungspflichten an meinen Kindern wahrzunehmen. Ich arbeite nicht beim Staat, sondern bei einem KMU. Würde die Stadt dieses Anliegen umsetzen, müsste ich künftig mehr arbeiten, um die staatlichen Ansprüche umzusetzen. Die Reduktionsmöglichkeiten und dadurch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie würden vereinfacht. Dies würde jedoch nur gelten, wenn der Zustand über Jahre beibehalten werden könnte. Die persönliche Pflege der Eltern kann die Gesellschaft entlasten und zur Lebensqualität der

Eltern beitragen. Es spricht nichts dagegen, wenn der Arbeitgeber diese Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen versucht. Solche Anliegen sind nicht kostenlos und sie schränken den Arbeitgeber ein. Ziemt es sich für den Staat, seinen Angestellten Bedingungen zu garantieren, von denen die Privatwirtschaft, welche den Staat finanziert, nur träumen kann? Der Anspruch ist problematisch. Dadurch wird eine Zweiklassengesellschaft geschaffen. Es gibt die staatlichen Angestellten und die Angestellten der KMU, die sich solche Bedingungen nicht leisten können. Dies führt zu einer Wettbewerbsverzerrung. Sollte dies auch bei KMUs eingeführt werden müssen, würde dies zu einem weiteren Kostenschub führen und die Wirtschaftslage verschlechtern. In der Begründung zum ersten Postulat wird nur mit Männern argumentiert, es ist jedoch davon auszugehen, dass vor allem Frauen von dieser Möglichkeit Gebrauch machen würden. Es ist absehbar, dass gewisse Berufsbilder erwarten würden, dass eine Familie auch mit einem Teilzeitlohn ernährt werden kann. Viele Primarlehrer sind beispielsweise der Ansicht, dass sie auch mit einem Teilzeitlohn genug verdienen. Dabei handelt es sich um eine versteckte Arbeitszeitreduktion für ausgewählte Kreise. Die Postulanten sind offenbar der Ansicht, dass die Mitarbeitenden austauschbar sind. In meinem KMU sind Mitarbeitende meist nach ungefähr einem Jahr produktiv. Der Staat sollte sich an den Bedingungen orientieren, welche auch für die Ernährer des Staates möglich sind.

Dr. Pawel Silberring (SP): *Ich werde vor allem zum zweiten Postulat sprechen. Das Postulat verlangt einen unbezahlten Urlaub. Die Mitarbeitenden erhalten keinen Lohn für diese Zeit. Weitergehende Forderungen liegen nicht auf dem Tisch. Natürlich gibt es in einem Betrieb, in dem jemand ausscheidet, Friktionen. Man muss sehen, dass der überwiegende Teil der Probleme von denjenigen Personen getragen wird, die sich entschliessen, bedürftige Angehörige zu pflegen. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber können durchaus auch den Teil der organisatorischen Probleme übernehmen. Wenn Angehörige bereit sind, die Pflege zu übernehmen, ist dies günstiger als alle anderen Betreuungsmöglichkeiten. Es wurde geäußert, dass alte Menschen zu Hause geschlagen würden. Dies ist durchaus in manchen Fällen zutreffend, wirkt aber in diesem Zusammenhang unberechtigt.*

Mario Mariani (CVP): *Die CVP erkennt keine Zweiklassengesellschaft. Wir sehen die Angelegenheit pragmatisch und differenziert. Beim ersten Postulat störte uns der Anspruch. Es besteht kein Anspruch auf Teilzeitarbeit. Dieser muss im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten liegen. Dies gilt sowohl für die Privatwirtschaft als auch für den Staat. Das erste Postulat lehnen wir klar ab. Beim zweiten Postulat finden wir die heutige Bestimmung zu unbezahlttem Urlaub richtig. Wir finden eine Ausweitung auf die Pflege alter und kranker Angehöriger sinnvoll.*

Adrian Gautschi (GLP): *Ich spreche zum ersten Postulat. Wenn Mario Mariani (CVP) sagt, der Anspruch auf Teilzeitarbeit bestehe nicht, handelt es sich um eine naturrechtliche Aussage. Auf Bundesebene besteht dieser Anspruch seit 2013. Beim Bund funktioniert dies hervorragend, gerade auch in Fällen, bei denen Vorgesetzte der Ansicht sind, dies sei nicht möglich. Für diesen Anspruch soll man nicht der Willkür von Vorgesetzten ausgesetzt sein. In den seltensten Fällen ist dies betrieblich tatsächlich nicht möglich. In diesen Fällen müsste eine Lösung gefunden werden. Ungefähr die Hälfte der Fraktion ist nichtsdestotrotz der Ansicht, dieser Anspruch sei zu absolut. Deshalb haben wir uns entschieden, die Stimmfreigabe zu erteilen.*

Samuel Dubno (GLP): *Es ist sinnvoll, wenn ältere Menschen von Angehörigen zu Hause betreut werden. Wir haben ein Personalrecht und Ausführungsbestimmungen, in denen dies bereits heute enthalten ist. Wir wollen das Postulat deshalb nicht unterstützen. Die Bestimmungen brauchen ein gewisses Abstraktionsniveau. Grundsätzlich sind wir mit dem Anliegen dieses Postulats einverstanden, sind jedoch der Ansicht, dass es be-*

reits durch die bestehenden Bestimmungen umgesetzt wurde.

Ursula Uttinger (FDP): Es ist klar auch eine Aufgabe der Männer, dass die Möglichkeiten zum Reduzieren der Tätigkeit wahrgenommen werden. Dennoch ist es fraglich, wie die Praxis aussehen soll. Es ist nicht so, dass das Arbeitspensum jederzeit reduziert und gesteigert werden kann. Auch das zweite Anliegen ist problematisch. Es ist fraglich, was mit der angestauten Arbeit während des unbezahlten Urlaubs passiert. Es handelt sich um eine grosse organisatorische Herausforderung. Das Postulat ist unnötig, das Anliegen ist weitgehend umgesetzt.

Dr. Davy Graf (SP): Wir werden auch das erste Postulat unterstützen. Die Bürgerlichen versuchen einen Keil zwischen die Gesellschaft und die Wirtschaft zu treiben. Der Gesellschaft werden immer wieder libertäre Ansichten zugesprochen, wohingegen die Wirtschaft funktionieren muss. Bei der Wirtschaft gibt es keine Anpassungsmöglichkeiten. Man versucht, Milizpolitikern eine Reduktion der Arbeitszeit zu ermöglichen. Es braucht eine Symbiose zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sind in unserer Gesellschaft so weit, dass wir solche Anliegen akzeptieren müssen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir nehmen beide Postulate entgegen. Beim zweiten Postulat müssen wir nicht darüber diskutieren, die Möglichkeit im Personalrecht entgegenzunehmen. Eine Klärung im Personalrecht ist wünschenswert. Das erste Postulat sind wir bereit zu prüfen. Der Anteil Schichtbetriebe ist in der Stadt grösser als beim Bund. Es handelt sich um eine Herausforderung. Das Argument, dass Teilzeitarbeit Geld kostet, ist beschämend, da noch vor einiger Zeit davon ausgegangen wurde, dass Teilzeitangestellte motivierter seien. Der Anspruch, innerhalb von acht Jahren zum vollen Pensum zurückkehren zu können, erachten wir als problematisch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass er so umsetzbar ist. Es wurde wiederholt von Willkür seitens Vorgesetzter gesprochen. Mit solchen Unterstellungen sollte vorsichtig umgegangen werden. Es bereitet mir Sorgen, dass das Personalrecht immer weiter vollgepackt wird.

Das Postulat wird mit 69 gegen 51 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

1064. 2015/142

Postulat der Grüne-Fraktion vom 20.05.2015: Städtische Mitarbeitende mit Betreuungspflichten, Ermöglichung von längeren unbezahlten Urlauben

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2015/13, Beschluss-Nr. 1063/2015.

Markus Kunz (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 934/2015).

Katharina Widmer (SVP) begründet den von Mauro Tuena (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. Juni 2015 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 67 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1065. 2015/198

Schriftliche Anfrage von Roberto Bertozzi (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 17.06.2015:

Studienberatung im Laufbahnzentrum Zürich (LBZ), Kriterien und Resultate der Zufriedenheitsbeurteilungen und der Beratungen sowie Massnahmen zur Behebung der qualitativen Defizite

Von Roberto Bertozzi (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Eine Umfrage, die am 30. Oktober 2013 in der Neuen Zürcher Zeitung erschienen ist, zeigt, dass Maturandinnen und Maturanden aus dem Kanton Zürich zwar zu 90 Prozent mit ihrer Ausbildung an der Mittelschule zufrieden, mit der Studienberatung aber unzufrieden sind. Die Studien- und Laufbahnberatung im Kanton Zürich fällt im Urteil der ehemaligen Maturandinnen und Maturanden gegenüber anderen Kantonen deutlich ab. Fühlten sich in 11 Deutschschweizer Kantonen gesamthaft 46 Prozent der Befragten in der Studienwahl zu wenig unterstützt, waren es im Kanton Zürich 56 Prozent.

Im Zusammenhang mit der Qualitätssicherung im Laufbahnzentrum Zürich (LBZ) bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie findet die Qualitätssicherung in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung statt?
2. Wie zufrieden sind die Kunden des Laufbahnzentrums Zürich (LBZ) mit den Beratungsdienstleistungen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (bitte um prozentuale Angaben).
3. Nach welchen Befragungskriterien werden die Zufriedenheitsbeurteilungen durch das Laufbahnzentrum Zürich (LBZ) vorgenommen? Bitte um detaillierte Auflistung der Befragungskriterien und/oder die Beilage eines verwendeten Feedbackfragebogens.
4. Wo bestehen qualitative Defizite in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und wie können diese behoben werden? Was wurde schon unternommen?
5. Nach welchen Kriterien werden Jugendliche, die auf Stellensuche sind, beraten? Werden bei der Beratung die Talente und Begabungen berücksichtigt oder wird die Beratung einseitig von der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt geleitet?
6. Was für eine methodische Grundlage kommt allenfalls bei der Festlegung der Talente und Begabungen der Jugendlichen zum Zuge?

Mitteilung an den Stadtrat

1066. 2015/199

Schriftliche Anfrage von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 17.06.2015:

Schulraumplanung im Zusammenhang mit der Erstellung der Siedlung Obsthaldenstrasse, Massnahmen zur Behebung des absehbaren Schulraumdefizits für die Oberstufe in Zürich-Affoltern

Von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Neben dem Schulhaus Käferholz in Zürich-Affoltern wird voraussichtlich die Siedlung Obsthaldenstrasse

erstellt. Das Schulhaus Käferholz kann nicht nach innen verdichtet werden (Denkmalschutz Garten). Ab 2020 hat es in Zürich Affoltern gemäss Schulraumplanung nicht mehr genügend Platz für alle Schüler/-innen der Oberstufe.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Weshalb hat die Stadt Zürich, trotz der bekannten Tatsache des fehlenden Schulraums, den Wettbewerb «Siedlung Obsthaldenstrasse» abgeschlossen? Warum wurde ein Siegerprojekt erkoren, welches dem Schulraumdefizit keine Rechnung trägt?
2. Welche Planungen wurden getätigt, um dem absehbaren Schulraumdefizit ab 2020 lösungsorientiert entgegenzuwirken?
3. Wurde geprüft, ob in unmittelbarer Umgebung des Schulhauses Käferholz ein zusätzlicher Landerwerb möglich ist, um allenfalls einen Erweiterungsbau realisieren zu können? Wenn ja, mit welchen detaillierten Erkenntnissen?
4. Wie plant die Stadt Zürich das Schulraumdefizit für die Oberstufe in Zürich Affoltern zu lösen? Welchen zusätzlichen Schulraum bedarf es nach heutigem Kenntnisstand?

Mitteilung an den Stadtrat

1067. 2015/200

Schriftliche Anfrage von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 17.06.2015:

Infrastruktur des Schulhauses Blumenfeld, Bedingungen und Nutzungsmöglichkeiten für alle Vereine aus dem Quartier

Von Peter Schick (SVP) und Martin Götzl (SVP) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Schulhaus Blumenfeld in Zürich-Affoltern wird seinen Betrieb 2016 aufnehmen. Sowohl in zahlreichen Mitteilungen als auch im Abstimmungswahlkampf zu diesem Projekt wies die Stadt Zürich mehrmals darauf hin, dass die Schulräume und die Turnhalle ausserhalb des Schulbetriebes den Vereinen aus dem Quartier zur Verfügung stehen sollen und werden. Demnach sollten Spiel, Sport, Veranstaltungen und weiteres ermöglicht werden. Mit der Weisung GR-Nr. 2014/259 «Tagesschulen mit Tageskindergärten» wurde das Schulhaus Blumenfeld als Pilotprojekt-Schulhaus deklariert.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Möglichkeiten haben Vereine aus dem Quartier, Räumlichkeiten und Infrastruktur des Schulhauses Blumenfeld ausserhalb des regulären Schul- und Betreuungsbetriebs ab 2016 zu nutzen?
2. Ist bereits ein Nutzungskonzept vorhanden, das den Vereinen Planungsmöglichkeiten gewährt? Wenn ja, bitte um detaillierte Information. Wenn nein, ab welchem Zeitpunkt ist ein Nutzungskonzept vorhanden?
3. Gibt es für die öffentliche Mitbenutzung der Schulinfrastruktur Vereine, die bevorzugt werden? Wenn ja, welche?
4. Gibt es für die öffentliche Mitbenutzung der Schulinfrastruktur geplante Benutzungszeiten für den Pausen- und den Hartsportplatz? Wenn ja, für welche Zeitfenster?
5. Wird die Stadt Zürich den Vereinen aus dem Quartier während der Pilotphase «Tagesschule» andere Räumlichkeiten zur Verfügung stellen können? Wenn ja, welche?

Mitteilung an den Stadtrat

1068. 2015/201

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP), Raphael Kobler (FDP) und 23 Mitunterzeichnenden vom 17.06.2015:

Erarbeitung einer Strategie für die Stadtspitäler, Beurteilung der heutigen Rechtsform sowie mögliche Auswirkungen der neuen Strategie bezüglich wirtschaftlicher und investitionstechnischer Kriterien und der medizinischen Qualität

Von Elisabeth Schoch (FDP), Raphael Kobler (FDP) und 23 Mitunterzeichnenden ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die beiden Spitäler Waid und Triemli, welche im Besitz der Stadt Zürich sind verfügen über ein Globalbudget von rund 160 Mio. resp. 440 Mio. sowie ein Investitionsbudget von 6,27 resp. 101.3 Mio. (gemäss Budget 2015). Beide Spitäler werden als Dienstabteilung der Verwaltung mit einem Globalbudget geführt. Die hohen Betriebs- und Investitionskosten implizieren die Möglichkeit eines hohen Risikos, welches durch die Stadt Zürich getragen wird.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Strategie verfolgt die Stadt mit den beiden Spitälern, wie positionieren sie sich im Wettbewerb zu den regionalen und überregionalen Spitäler, insbesondere auch gegenüber dem Universitätsspital?
2. Inwiefern beurteilt der Stadtrat, aber auch die Spitalleitung die heutige Rechtsform als adäquat und sinnvoll, um einerseits die medizinische Versorgung und andererseits die Corporate Governance hinreichend sicher zu stellen?
3. Bis wann und unter Einbezug welcher Kreise wird der Stadtrat diese Strategie erstellen und wie wird darüber Beschluss gefasst?
4. Welche Auswirkungen hat diese Strategie auf die Corporate Governance in wirtschaftlicher und in investitionstechnischer Hinsicht? An welchen Indikatoren wird z.B. der Erfolg der Investition ins neue Bettenhaus gemessen?
5. Wie entwickelt sich die Investitionsfähigkeit der Spitäler Waid und Triemli angesichts sinkender Baserates? Welche Ziel-EBITDA werden angestrebt?
6. Wie stellt diese neue Strategie sicher, dass sowohl die Wirtschaftlichkeit als auch die medizinische Qualität sichergestellt ist?
7. Ist vorgesehen, dass für die Pflege- und Alterszentren ebenfalls eine Strategie erstellt wird. Bis wann kann mit dieser gerechnet werden und welchem Gremium wird diese präsentiert?
8. Wo sieht der Stadtrat Raum für weitere Kooperationen, Synergien, sinnvolle Arbeitsteilungen?
9. Wie beurteilt der Stadtrat den HSK-Prozess bezüglich Angebot von Waid und Triemli? Sind dort Disziplinen in Frage gestellt?

Mitteilung an den Stadtrat

1069. 2015/202

Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 17.06.2015:

Regelungen und Infrastruktur betreffend der Velonutzung der Kinder bei Schulhäusern

Von Matthias Probst (Grüne) ist am 17. Juni 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 14. Juni wurden die Stadtzürcher Veloinitiative und der Gegenvorschlag von einer Mehrheit der Stimmberechtigten in Zürich befürwortet. Damit in Zürich in Zukunft die neu erstellte Veloinfrastruktur auch von allen genutzt werden kann, ist es wichtig, dass bereits Kinder lernen, mit dem Velo umzugehen.

Es hat sich gezeigt, dass die meisten Kinder sehr gerne Velofahren. Sei es, um damit in die Badi, in die Schule oder sonstwo hin zu kommen, oder einfach nur aus Spass am Fahren. Letzteres kommt insbesondere dann zur Geltung, wenn das Terrain kleine Herausforderungen stellt, die spielerisch erlernt werden können. Als Beispiel dazu sind sogenannte Pumtracks auf Pausenplätzen zu nennen.

Zur Zeit stehen dem fröhlichen Velo-Vergnügen der Kinder aber ganz praktische Dinge im Weg, wie: Allgemeines Velofahrverbot auf Pausenplätzen ausserhalb der Pausen, fehlende Veloabstellplätze für Kinder, die mit dem Velo zu Schule fahren, oder ein Verbot, mit dem Velo zu Schule zu fahren für Kinder unter der fünften Klasse (vor Veloprüfung).

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen, die Antworten dürfen, falls sich dies als nützlich erweisen sollte, auch in tabellarischer Form gegeben werden:

1. Auf den Pausenplätzen welcher Schulhäuser gilt heute noch ein allgemeines Fahrverbot, statt nur Fahrverbot MIV?
2. Bis wann gedenkt der Stadtrat, die entsprechenden Verbotstafeln in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hauswartsdiensten zu ersetzen?
3. Welche Schulhäuser besitzen auf ihren Pausenplätzen keinen Pumptrack für Kinder?
4. An welchen Schulhäusern dürfen die Kinder heute in jedem Fall mit dem Velo zur Schule fahren?
5. Bei welchen Schulhäusern gibt es Veloabstellplätze für alle SchülerInnen?
6. Bis wann gedenkt der Stadtrat, Veloabstellplätze für alle SchülerInnen zu erstellen, dort, wo es sie heute noch nicht gibt?
7. Welche Schulhäuser mit Velofahrverbot besitzen oberirdische Parkplätze für private Autos der Lehrerschaft?
8. Wie gross ist die Schnittmenge der Schulhäuser mit oberirdischen Autoparkplätzen für Lehrpersonen und zu wenig Veloabstellplätzen für alle SchülerInnen?
9. In welchen Schulhäusern gibt es heute bereits eine obligatorische Veloprüfung für alle SchülerInnen? Und bis wann gedenkt der Stadtrat, die Veloprüfung flächendeckend einzuführen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

1070. 2015/176

Schriftliche Anfrage von Elisabeth Schoch (FDP), Raphael Kobler (FDP) und 21 Mitunterzeichnenden vom 03.06.2015:

Erarbeitung einer Strategie für die Stadtspitäler, Beurteilung der heutigen Rechtsform sowie mögliche Auswirkungen der neuen Strategie bezüglich wirtschaftlicher und investitionstechnischer Kriterien und der medizinischen Qualität

Elisabeth Schoch (FDP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

1071. 2015/121

Dringliche Schriftliche Anfrage von Anjushka Früh (SP) und 35 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2015:

Kürzungsmassnahmen in den Bereichen Aufgabenstunden und Begabungs- und Begabtenförderung, Art und Ausmass der Kürzungen sowie Entlastungsmassnahmen für die Lehrpersonen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 484 vom 3. Juni 2015).

1072. 2015/122

Dringliche Schriftliche Anfrage von Rosa Maino (AL), Anjushka Früh (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2015:

Sparmassnahmen im Volksschulbereich, Auswirkungen auf den Schulbetrieb und das Budget 2015

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 485 vom 3. Juni 2015).

1073. 2015/63

Schriftliche Anfrage von Nina Fehr Düsel (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 04.03.2015:

Rechtsgrundlagen für die Unterbringung von Sozialhilfebezügerinnen und Sozialhilfebezüger in Hotels und Pensionen sowie Ausmass und Kosten dieser Unterbringung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 486 vom 3. Juni 2015).

1074. 2015/65

Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Mauro Tuena (SVP) vom 04.03.2015:

Evaluationsverfahren für die Beschaffung der neuen Tramkompositionen der VBZ, Angaben zu den Muss-Anforderungen und zur Bewertung der Kriterien

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 501 vom 4. Juni 2015).

1075. 2015/72

Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 11.03.2015:

«Lies!»-Koranverteilkaktionen der salafistischen Gruppierung «Die wahre Religion», Rahmen und Umfang der Prüfung von Veranstaltungsgesuchen sowie Berücksichtigung von Beschlüssen ausserkantonaler oder ausländischer Behörden

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 528 vom 10. Juni 2015).

1076. 2015/83

Schriftliche Anfrage von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 18.03.2015:

Revision des Radio- und Fernsehgesetzes, Kostenfolge für die stadteigenen und die stadtnahen Betriebe

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 482 vom 3. Juni 2015).

1077. 2014/233

Weisung vom 09.07.2014:

Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung; neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach (Quartier Riesbach) mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof; Objektkredit von 100,7 Millionen Franken

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/233 Weisung vom 09.07.2014:

Liegenschaftenverwaltung und Immobilien-Bewirtschaftung; neue kommunale Wohnsiedlung auf dem Areal Hornbach (Quartier Riesbach) mit Gewerbeflächen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Werkhof; Objektkredit von 100,7 Millionen Franken

63 197 Ja 32 928 Nein

1078. 2014/87

Weisung vom 26.03.2014:

«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative), Ablehnung und Gegenvorschlag

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/87 Weisung vom 26.03.2014:

«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative), Ablehnung und Gegenvorschlag

Velo-Initiative

47 804 Ja 46 036 Nein

Gegenvorschlag

56 640 Ja 33 431 Nein

In der Stichfrage wurde der Gegenvorschlag der Initiative vorgezogen.

1079. 2014/232

Weisung vom 09.07.2014:

Kultur, «Zürich im Landesmuseum», permanente Einrichtung mit Animationen und Informationen über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit für Realisierung, jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge 2016–2019

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/232 Weisung vom 09.07.2014:

Kultur, «Zürich im Landesmuseum», permanente Einrichtung mit Animationen und Informationen über Stadt und Kanton Zürich, Objektkredit für Realisierung, jährlich wiederkehrende Betriebsbeiträge 2016–2019

60 022 Ja 34 451 Nein

1080. 2014/304

Weisung vom 01.10.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 14. Juni 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/304 Weisung vom 01.10.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit

69 718 Ja 24 350 Nein

Nächste Sitzung: 24. Juni 2015, 17 Uhr.